



# Lagedarstellung Politisch motivierte Kriminalität in Berlin

# 2011

Der Polizeipräsident in Berlin  
Landeskriminalamt



**Herausgeber:**

Der Polizeipräsident in Berlin  
Landeskriminalamt  
Platz der Luftbrücke 6  
12101 Berlin

Tel.: 030/4664-0  
030/4664-4664 (Bürgertelefon)  
Fax: 030/4664-952499

E-Mail: [lka5@polizei.berlin.de](mailto:lka5@polizei.berlin.de)  
Internet: [www.polizei.berlin.de](http://www.polizei.berlin.de)

<b>Gesamtaufkommen</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
Politisch motivierte Kriminalität	2441	3267	↗
↳ PMK – rechts	1137	1157	→
↳ PMK – links	822	1345	↗
↳ PM-Ausländerkriminalität	98	255	↗
↳ Sonstige/Nicht zuzuordnen	384	510	↗

<b>Gewaltdelikte</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>Veränderung</b>
Politisch motivierte Kriminalität	308	582	↗
↳ PMK – rechts	27	61	↗
↳ PMK – links	208	397	↗
↳ PM-Ausländerkriminalität	25	78	↗
↳ Sonstige/Nicht zuzuordnen	48	46	→

<b>1</b>	<b>Vorbemerkung</b>	<b>6</b>
<b>2</b>	<b>Fallzahlenentwicklung der Politisch motivierten Kriminalität</b>	
2.1	Politisch motivierte Kriminalität – Gesamtübersicht	9
2.2	Politisch motivierte Gewaltdelikte	10
2.3	Aufklärungsquoten	10
<b>3</b>	<b>Politisch motivierte Kriminalität – rechts</b>	
3.1	Besondere Entwicklungen	9
3.1.1	Konfrontation gegen links	11
3.1.2	Fremdenfeindlichkeit und Rassismus	12
3.1.3	Repression	14
3.1.4	Rechte Strukturen in Schöneweide	14
3.1.5	„Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU)	15
3.1.6	„Gemeinsames Abwehrzentrum zur Bekämpfung des Rechts- extremismus/Rechtsterrorismus“ (GAR)	16
3.1.7	Amoklauf in Oslo	17
3.2	Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen	
3.2.1	„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	18
3.2.2	„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG)	19
3.2.3	„Autonome Nationalisten“ und „Nationaler Widerstand Berlin“	19
3.3	Herausragende Ereignisse	20
3.4	Prognose	21
<b>4</b>	<b>Politisch motivierte Kriminalität – links</b>	
4.1	Besondere Entwicklungen	
4.1.1	Gentrifizierung und Stadtentwicklung	23
4.1.2	Konfrontation gegen rechts	25
4.1.3	Globalisierung	28
4.1.4	Bildung	28
4.1.5	Repression	29
4.1.6	Antimilitarismus	30
4.1.7	Anti-Atom	31
4.1.8	Papstbesuch	32
4.2	Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen	

4.2.1	„Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB)	33
4.2.2	„Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB)	34
4.3	Herausragende Ereignisse	34
4.4	Prognose	36
<b>5</b>	<b>Politisch motivierte Ausländerkriminalität</b>	
5.1	Politisch motivierte Ausländerkriminalität ohne Bezüge zum Islamismus	
5.1.1	Besondere Entwicklungen	38
5.1.2	Herausragende Ereignisse	43
5.1.3	Prognose	44
5.2	Islamistischer Extremismus/Terrorismus	
5.2.1	Besondere Entwicklungen	45
5.2.2	Herausragende Ereignisse mit Islamismus-Bezug	47
5.2.3	Prognose	49
5.3	Aktivitäten fremder Nachrichtendienste	49
<b>6</b>	<b>Sonstige/Nicht zuzuordnen</b>	
6.1	Besondere Entwicklungen	
6.1.1	Anti-Atom	50
6.1.2	Bildung	50
6.1.3	Papstbesuch	51
6.1.4	Occupy Berlin	51
6.1.5	Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung	52
6.2	Prognose	53
<b>7</b>	<b>Anhang</b>	
7.1	Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität	54
7.2	Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität – rechts	57
7.3	Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität – links	60
7.4	Fallzahlen Politisch motivierte Ausländerkriminalität	63
7.5	Fallzahlen Sonstige/Nicht zuzuordnen	66

## 1 Vorbemerkung

Im vorliegenden Lagebild werden die Entwicklungen in den einzelnen Phänomenbereichen betrachtet. Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität beinhalten nur die Fälle, die im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) meldepflichtig sind.

Herausragende Fälle wurden unter der Überschrift „Herausragende Ereignisse“ als eigener Punkt im jeweiligen Phänomenbereich dargestellt. Außerdem wurden zur Vermittlung eines Eindrucks hinsichtlich der zur Rede stehenden Straftaten jeweils einzelne – nicht für sich herausragende – Falldarstellungen in die allgemeine Lagebeschreibung eingeflochten.

Um die Fallzahlen übersichtlich und in Teilbereichen vergleichbar darzustellen, erfolgt die Unterteilung in die Deliktsarten Terrorismus, Politisch motivierte Gewaltkriminalität, Propagandadelikte und sonstige Delikte.

Die Zählung der Tatverdächtigen erfolgt fallbezogen. Wurde ein Täter im selben Jahr zu mehreren Fällen bekannt, wird er mehrfach gezählt.

Opfer sind natürliche Personen, die durch eine strafbare Handlung körperlich geschädigt wurden oder geschädigt werden sollten. Polizeibeamte werden als Opfer im Rahmen des KPMD-PMK in Berlin grundsätzlich nicht erfasst, um unvollständige und missverständliche Auskünfte zu vermeiden. Denn politisch motivierte Gewaltdelikte gegen Polizeibeamte ereignen sich häufig bei Auseinandersetzungen im Rahmen von Demonstrationen. Die Anzahl der verletzten Polizeibeamten ist dabei nicht immer bekannt und auch im Nachhinein nicht zuverlässig zu ermitteln, so dass über die genaue Anzahl verletzter Polizeibeamter keine belastbaren Auskünfte gegeben werden können.

Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität unterliegen bis zum Abschluss – ggf. bis zum endgültigen Gerichtsurteil – einer Bewertung gemäß der angenommenen Tätermotivation. Deshalb kann es auch überjährig immer wieder zu Fallzahlenänderungen kommen.

## Ausgewählte Definitionen des KPMD-PMK

### Fallzahlen

Die Fallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität sind eine Zusammenstellung aller der Polizei bekannt gewordenen politisch motivierten Straftaten. Ein Fall kann mehrere Straftaten beinhalten, sie werden jedoch aufgrund des engen motivationalen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhangs als ein „Lebenssachverhalt“ gezählt (z.B. ein Landfriedensbruch, begangen durch mehrere Täter auf einem Platz und benachbarten Nebenstraßen - mehrere Anzeigen, Zusammenfassung zu einem Fall).

### Phänomenbereiche

Dem Phänomenbereich **PMK – rechts** werden Fälle zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer rechten Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich demokratischen Grundordnung zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zum völkischen Nationalismus, Rassismus, Sozialdarwinismus oder Nationalsozialismus ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.

Dem Phänomenbereich **PMK – links** werden Fälle zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie nach verständiger Betrachtung einer linken Orientierung zuzurechnen sind, ohne dass die Tat bereits die Außerkraftsetzung oder Abschaffung eines Elementes der freiheitlich demokratischen Grundordnung zum Ziel haben muss. Insbesondere sind Taten dazuzurechnen, wenn Bezüge zu Anarchismus oder Kommunismus (einschließlich Marxismus) ganz oder teilweise ursächlich für die Tatbegehung waren.

**Politisch motivierter Ausländerkriminalität** werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Erkenntnisse über den Täter Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die durch eine nichtdeutsche Herkunft geprägte

Einstellung des Täters entscheidend für die Tatbegehung war, insbesondere wenn sie darauf gerichtet sind, Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland oder aus dem Ausland Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland zu beeinflussen. Derartige Straftaten können auch durch Deutsche begangen werden.

### Deliktsarten

**Terrorismus** ist über die Strafbarkeit der Bildung einer terroristischen Vereinigung (§§ 129a, 129b StGB) gesetzlich bestimmt. Als Terrorismus werden darüber hinaus schwerwiegende Politisch motivierte Gewaltdelikte (Katalogtaten des § 129a StGB) sowie Verstöße gegen die §§ 89a, 89b und 91 StGB<sup>1</sup> erfasst.

Bei der **Gewaltkriminalität** handelt es sich um Politisch motivierte Kriminalität, die eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lässt. Sie umfasst Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffdelikte, Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr, Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung sowie Widerstands- und Sexualdelikte.

**Propagandadelikte** sind Verstöße gegen den § 86 StGB (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen) und gegen den § 86a StGB (Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen).

Als **sonstige Delikte** werden alle Fälle dargestellt, die nicht Terrorismus, Gewalt- oder Propagandadelikte sind.

Darüber hinaus werden bestimmte Tatbestände erfasst, weil sie **Staatsschutzdelikte**<sup>2</sup> sind, selbst wenn im Einzelfall eine politische Motivation nicht festgestellt werden kann. Diese Fälle werden der Deliktsqualität „Staatsschutzkriminalität ohne explizite politische Motivation“ zugeordnet.

---

<sup>1</sup> § 89a StGB: Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

§ 89b StGB: Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

§ 91 StGB: Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

<sup>2</sup> §§ 80 - 83, 84 - 86a, 87 - 91, 94 - 100a, 102 - 104a, 105 - 108e, 109 -109h, 129a, 129b, 234a oder 241a StGB



## 2 Fallzahlenentwicklung der Politisch motivierten Kriminalität

### 2.1 Politisch motivierte Kriminalität – Gesamtübersicht

Im Jahr 2011 wurden im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ (KPMD-PMK) **3267** Fälle gemeldet. Damit ist ein Anstieg des Fallaufkommens im Vergleich zum Jahr 2010 (**2441** Fälle) um **826** Fälle (34 %) zu verzeichnen. In **582** Fällen handelt es sich um *Gewaltdelikte*.

Von den **3267** Fällen der Politisch motivierten Kriminalität im Jahr 2011 sind **1157** Fälle dem Phänomenbereich *PMK – rechts*, **1345** Fälle dem Phänomenbereich *PMK – links* und **255** Fälle dem Phänomenbereich *PM-Ausländerkriminalität* zuzurechnen. Die restlichen **510** Fälle wurden im Bereich *Sonstige/Nicht* eingeordnet.

Im Einzelnen ist für das Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklung in den Phänomenbereichen zu verzeichnen:

	<b>2010</b>	<b>2011</b>	<b>Trend</b>
PMK - rechts	1137	1157	2%
PMK - links	822	1345	64%
PM-Ausländerkriminalität	98	255	160%
Sonstige/Nicht zuzuordnen	384	510	33%
<b>PMK gesamt</b>	<b>2441</b>	<b>3267</b>	<b>34%</b>

## 2.2 Politisch motivierte Gewaltdelikte

Im Jahr 2011 wurden insgesamt **582** politisch motivierte Gewaltdelikte (2010: **308** Fälle, Anstieg um 89 %) gemeldet.

Davon sind **61** Gewaltdelikte der *PMK – rechts*, **397** Gewaltdelikte der *PMK – links* und **78** Gewaltdelikte der *PM-Ausländerkriminalität* zuzurechnen. **46** Gewaltdelikte wurden im Bereich *Sonstige/Nicht zuzuordnen* eingeordnet.

Im Einzelnen ist für das Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklung der Gewaltdelikte in den Phänomenbereichen zu verzeichnen:

	2010	2011	Trend
PMK - rechts	27	61	126%
PMK - links	208	397	91%
PM-Ausländerkriminalität	25	78	212%
Sonstige/Nicht zuzuordnen	48	46	-4%
<b>PMK gesamt</b>	<b>308</b>	<b>582</b>	<b>89%</b>

## 2.3 Aufklärungsquoten

Von den **3267** Fällen der Politisch motivierten Kriminalität im Jahr 2011 konnten **1086** Fälle (33 %) aufgeklärt werden. Im Jahr 2010 waren es bei **2441** registrierten Fällen **856** Fälle (35 %).

Bei den **582** politisch motivierten Gewaltdelikten des Jahres 2011 betrug die Aufklärungsquote **39 %** (226 Fälle). Im vergleichbaren Vorjahreszeitraum waren es **41 %** (126 Fälle) von **308** Gewaltdelikten insgesamt.

## **3 Politisch motivierte Kriminalität - rechts**

### **3.1 Besondere Entwicklungen**

#### **3.1.1 Konfrontation gegen links**

Nach wie vor ist die Konfrontation mit dem politischen Gegner ein thematischer Schwerpunkt der rechten Szene. Dies zeigt sich u. a. durch den Anstieg der Gewaltdelikte im Unterthema „gegen links“ von fünf Fällen im Jahr 2010 auf 24 Fälle im Jahr 2011.

- Die Geschädigten W. und F. wurden am 15.05.2011 in Berlin-Lichtenberg aus einer zehnköpfige Personengruppe heraus geschlagen und getreten, nachdem der Geschädigte W. als „dreckige scheiß Zecke“ und „scheiß Antifa“ beschimpft wurde. Beide trugen auffallend bunte Kleidung und der Geschädigte W. mehrere Aufnäher „Gegen Nazis“.

Eine weitere Aktionsform stellte das Veröffentlichen von Fotos und persönlichen Informationen von vermeintlich politischen Gegnern, wie Angehörigen der linken Szene, Journalisten, Gewerkschaftern oder Politikern, auf verschiedenen rechten Internetseiten dar. Dies führte zu themenbezogenen Farbschmierereien oder zum Anbringen von Plakaten an den Anschriften der Betroffenen. Bei keinem der Betroffenen liegen eindeutige Anhaltspunkte dafür vor, dass sie Opfer eines politisch motivierten Gewaltdelikts auf Grund ihrer Thematisierung wurden.

Darüber hinaus kam es zu demonstrativen Aktionen:

- Am 15.07.2011 fand eine Demonstration „Sicherheit durch Recht und Ordnung – Härtere Strafen für Linkskriminelle“ in den Berliner Ortsteilen Neukölln und Rudow statt. Auch hier kam es zu massiven Blockadeaktionen seitens der linken Szene und des bürgerlichen Spektrums. Trotzdem konnte der Aufzug durchgeführt und am Endplatz mit einer Abschlusskundgebung, an der ungefähr 120 Personen teilnahmen, beendet werden. In diesem Zusammenhang wurde ein Gewaltdelikt (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) registriert.

Die Brandanschläge zum Nachteil von mehreren Szeneobjekten der linken Szene werden unter Punkt 3.3 „Herausragende Ereignisse“ näher erläutert.

### 3.1.2 Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Auch der Hass auf Ausländer bzw. Menschen mit Migrationshintergrund wird teilweise durch entsprechende Gewaltstraftaten deutlich. Die fremdenfeindlichen Gewaltdelikte stiegen von 14 Fällen im Jahr 2010 auf 30 Fälle im Jahr 2011.

- Ein traditionell muslimisch gekleidetes Ehepaar wurde am 02.06.2011 in Berlin-Neukölln von zwei männlichen Personen als „Vermummte“ bezeichnet. Der ältere Täter nahm seine Bierflasche und holte zum Schlag gegen den Geschädigten aus. Mit den Worten: „Das hat der verdient!“ hob der Jüngere einen Pflasterstein hoch und holte zum Wurf aus. Beide Täter wurden als Europäer beschrieben.
- Dem Geschädigten kamen am 23.04.2011 in Berlin-Wilmersdorf zwei weibliche und zwei männliche Jugendliche entgegen. Unvermittelt schlug ihn ein männlicher Jugendlicher mit der Faust vor die Brust und mit dem Ellenbogen gegen die Schulter. Dabei bezeichnete der Angreifer den Geschädigten als „scheiß Kanake“. Dann zeigte der Täter dem Geschädigten die Tätowierung eines Eisernen Kreuzes.

Darüber hinaus ist im Jahr 2011 ein versuchtes Tötungsdelikt zu verzeichnen, auf das unter Punkt 3.3 „Herausragende Ereignisse“ näher eingegangen wird.

Auf der Internetseite [www.nw-berlin.net](http://www.nw-berlin.net) war Anfang 2011 unter der Überschrift „Ausländer Raus Kampagne in Berlin“ ein Interneteintrag eingestellt. Dieser thematisierte den versuchten Mord zum Nachteil von zwei Deutschen am 11.02.2011 in Berlin-Lichtenberg und endete mit der Ankündigung: „... Deshalb wird es im März und April eine Ausländer raus-Kampagne in Berlin geben. Mit kreativen Aktionen werden wir versuchen, die Menschen noch deutlicher auf die Probleme durch Überfremdung aufmerksam zu machen und Mitstreiter im Kampf gegen das marode Demokraten-

*System zu finden. ...*. In diesem Themenzusammenhang wurden u. a. folgende Vorkommnisse polizeilich bekannt:

- Am 16.02.2011 kam es am Bahnhof Berlin-Lichtenberg zu einer nicht angemeldeten Versammlung, an der sich ca. 30 vermummte Personen beteiligten. Art und Weise dieser Versammlung, bei der ein Transparent mit der Aufschrift „Kriminelle Ausländer raus“ gezeigt, Rufe wie „Ausländer raus“ skandiert und Fackeln mitgeführt wurden, lassen den Schluss zu, dass es sich bei den Teilnehmern um sogenannte „aktionsorientierte Rechte“ gehandelt hat.
- Am 18.02.2011 führte der Lichtenberger Kreisverband der NPD eine Versammlung „Kriminelle Ausländer raus“ am Bahnhof Lichtenberg mit ca. 230 Teilnehmern durch. Daran beteiligten sich überwiegend sogenannte „aktionsorientierte Rechte“. Die Versammlung selbst verlief zwar ohne besondere Vorkommnisse, jedoch kam es im Nahbereich zu einer Körperverletzung. Anlass war, dass zwei Frauen vom „Lichtenberger Bündnis für Demokratie und Toleranz“ themenbezogene Flugblätter an Passanten verteilten.

Darüber hinaus wurden im gesamten Stadtgebiet zahlreiche Aufkleber und Flugblätter verteilt und themenbezogene Schriftzüge angebracht.

Höhepunkt der Kampagne war die Versammlung der NPD „Wahrheit macht frei – Die Täter bei der Herkunft nennen“ in Berlin-Kreuzberg:

- Am 14.05.2011 versammelten sich ca. 150 Personen in Berlin-Kreuzberg zum Aufzug „Wahrheit macht frei – Die Täter bei der Herkunft nennen“. Der Aufzug wurde von linken Gegendemonstranten blockiert, und die Teilnehmer wurden durch einen U-Bahnhof zur anderen Straßenseite geführt. In der Unterführung überrannten die Demonstranten die begleitenden Beamten und gelangten als erste auf die Straße, wo sie ungehindert auf linke Gegendemonstranten trafen. Eine kleine Gruppe hatte eine Sitzblockade errichtet und wurde umgehend mit Tritten und Schlägen angegriffen. Anschließend kam es bei der Verhinderung von Konfrontationen zwischen Demonstranten und Gegendemonstranten immer wieder zu massiven Übergriffen auf Polizeibeamte. Auf-

grund der erneuten Blockade des Aufzuges konnte dieser letztendlich nicht durchgeführt werden und wurde vom Veranstalter für beendet erklärt. Versuche, am selben Tag Spontanversammlungen in Berlin durchzuführen, wurden unterbunden. Im Zusammenhang mit der Demonstration wurden vier Gewaltdelikte registriert. Dabei handelt es sich um zwei Landfriedensbrüche und zwei Körperverletzungen.

Im Anschluss wurden keine weiteren Aktionen im Zusammenhang mit der Ausländer-Raus-Kampagne polizeilich bekannt.

### **3.1.3 Repression**

Auch in der rechten Szene wurde das Thema „Repression“ aufgegriffen. Dies äußerte sich vor allem in Form von themenbezogenen Farbschmierereien in Verbindung mit rechten Symbolen und Schriftzügen, wie Hakenkreuze und „Sieg heil“. Dabei wurden auch Formulierungen, wie „Haut die Bullen platt wie Stullen“ oder „ACAB“ verwendet, die ursprünglich eher in der linken Szene zu finden waren. Auch bei Demonstrationen kam es vermehrt auch zu Ausschreitungen gegenüber eingesetzten Polizeibeamten. Der angemeldete Aufzug „Stoppt die Repressionen gegen Nationalisten“ am 08.07.2011 in Berlin-Schöneweide verlief hingegen weitgehend störungsfrei.

### **3.1.4 Rechte Strukturen in Schöneweide**

Der Berliner Ortsteil Schöneweide hat sich, beginnend mit der Eröffnung der Lokalität „Zum Henker“ Anfang 2009, als einer der regionalen „rechten“ Aktionsräume entwickelt und etabliert. Dabei ist unter Aktionsraum nicht zwangsläufig ein Kriminalitätsschwerpunkt, sondern insbesondere ein Treff-, Verkehrs- und Rückzugsort sowie Wohnraum von Personen der rechten Szene zu verstehen. Die Eröffnung des Geschäftes „Hexogen“ durch den damaligen stellv. Landesvorsitzenden der NPD am 21.06.2011 wird vor allem von linken Organisationen als „Verfestigung von Nazistrukturen in Schöneweide“ angesehen.

### 3.1.5 „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU)

Nach einem Banküberfall in Eisenach/Thüringen am 04.11.2011 kamen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in ihrem Wohnwagen durch mutmaßliche Anwendung ihrer Schusswaffen ums Leben, nachdem sie diesen vorher in Brand gesetzt hatten. Am gleichen Tag kam es nachmittags in Zwickau/Sachsen zu einer Explosion in einem Wohnhaus, bei der dieses erheblich beschädigt wurde. In einer der Wohnungen lebten die beiden Toten gemeinsam mit Beate Zschäpe. Im Zuge der Tatortarbeiten konnte umfangreiches Beweismaterial zu mehreren Tötungsdelikten und Banküberfällen sichergestellt werden, so dass der Generalbundesanwalt ein Ermittlungsverfahren wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung gem. § 129 a StGB einleitete.

Im Wohnhaus in Zwickau konnten mehrere DVDs mit einem Film einer rechten Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) aufgefunden werden, die versandfertig verpackt waren. Im Nachhinein wurde festgestellt, dass bereits mehrere DVDs an verschiedene Empfänger versandt wurden. In Berlin ging eine DVD bei der WAZ<sup>3</sup>-Mediengruppe ein.

Des Weiteren wurde ein USB-Stick aufgefunden, der mehrere Datenbanken enthielt, die ihrerseits umfangreiche Aufstellung von Personen, Institutionen sowie von Geschäften und Unternehmen enthielten. Die in Berlin ansässigen Personen und Unternehmen wurden bezüglich der Realisierung von Straftaten mit negativem Ergebnis überprüft. Darüber hinaus wurden sie über ihre Nennung auf den Listen informiert.

Mit einer gemeinsamen Pressekonferenz leiteten der GBA und das BKA am 01.12.2011 eine Öffentlichkeitsfahndung ein, die zur Gewinnung weiterer Erkenntnisse über die NSU, mögliche Unterstützer und zu weiteren Taten dienen soll. Die Fahndung erfolgt in deutscher und türkischer Sprache.

In Berlin wurden 63 ungeklärte Tötungsdelikte bislang dahingehend überprüft, ob Bezüge zur NSU vorhanden sind. Dabei gleicht einer der Vorgänge im modus operandi der Tatbegehung der NSU:

---

<sup>3</sup> Westdeutsche Allgemeine Zeitung

- Ein jugoslawischer Staatsangehöriger wird tot mit zwei Kopfschüssen hinter dem Verkaufstresen seines Zeitungsgeschäftes in Berlin-Gesundbrunnen aufgefunden. Ein Raubmord konnte ausgeschlossen werden, jedoch könnte eine Verwicklung in dubiose Baugeschäfte als Tatmotiv in Betracht kommen.

Konkrete Anhaltspunkte auf einen Zusammenhang mit dem Wirken der o.a. Zwickauer Gruppierung konnten bislang nicht festgestellt werden.

Darüber hinaus werden ca. 190 ungeklärte Bankraubtaten sowie diverse Sprengstoffanschläge bzw. Störungen des öffentlichen Friedens überprüft. Die Überprüfung dauert noch an.

Die bisherigen Erkenntnisse verdeutlichen, dass es offensichtlich über Jahre hinweg möglich war, schwerste Gewalttaten zu verüben, ohne dass ein Zusammenhang zur PMK – rechts hergestellt werden konnte. Durch die Unterstützung von Personen, die ebenfalls dem rechten Spektrum zuzurechnen sind, war es den drei Tätern möglich, jahrelang unterzutauchen. Konkrete Anhaltspunkte für die Begehung von Straftaten durch Mitglieder der NSU in Berlin liegen bislang nicht vor.

### **3.1.6 „Gemeinsames Abwehrzentrum zur Bekämpfung des Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus“ (GAR)**

Wie die derzeit laufenden Ermittlungen im Zusammenhang mit dem „Nationalsozialistischem Untergrund“ (NSU) zeigen, gab es im Bereich des Rechtsextremismus mindestens eine als terroristisch eingeschätzte Gruppierung, die seit Jahren existent war und durch die schwerste Gewalttaten verübt wurden. Finanziert haben sich die Mitglieder offensichtlich durch Banküberfälle und wurden von anderen Personen der rechten Szene logistisch unterstützt. Das Nichterkennen derartiger Strukturen machte deutlich, dass ein ganzheitlicher Bekämpfungsansatz erforderlich ist, der mit einem noch engeren Informationsaustausch zwischen Polizei und Nachrichtendiensten einhergeht. Aus diesem Grund wurde durch den Bundesinnenminister am 13.12.2011 das „Gemeinsame Abwehrzentrum zur Bekämpfung des Rechtsextre-



mismus/Rechtsterrorismus“ (GAR) eröffnet. Auch das Landeskriminalamt Berlin hat einen Vertreter entsandt.

Ziel des GAR ist ein koordinierter Austausch von Informationen zwischen den verschiedenen Sicherheitsbehörden und die Schaffung von Bewertungs- und Analyse-möglichkeiten, um extremistische bzw. terroristische Bestrebungen frühzeitig erkennen und wirksam bekämpfen zu können.

### **3.1.7 Amoklauf in Oslo**

Am Nachmittag 22.07.2011 verübte Anders Behring Breivik im Regierungsviertel in Oslo einen Sprengstoffanschlag. Anschließend begab er sich zu der etwa 30 km von Oslo entfernten Insel Utöya im Tyrifjord und schoss wahllos auf Mitglieder der Jugendorganisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, die sich dort in einem Sommerlager befanden. Im Vorfeld der Tat verfasste der Täter ein 1.518-seitiges Manifest mit ideologischen Abhandlungen, welches er per E-Mail an mindestens 2.335 Adressaten verschickte, deren Adressen er zuvor im Internet gesammelt hatte. Neben Mediengesellschaften handelte es sich auch um deutsche rechtsgerichtete bzw. rechtsextremistische Gruppierungen sowie um Privatpersonen. Zahlreiche E-Mail-Adressen waren zum Zeitpunkt der Versendung bereits inaktiv bzw. wurden nicht mehr benutzt.

Durch den Sprengstoffanschlag in Oslo wurden auch drei deutsche Staatsangehörige aus Berlin verletzt. Die Staatsanwaltschaft Berlin leitete ein Ermittlungsverfahren wegen versuchten Mordes und Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion ein.

Dieses Ereignis hat gezeigt, dass schwerste terroristische Straftaten nicht nur von organisiert handelnden Personen, sondern auch von fanatisierten Einzeltätern begangen werden.

## 3.2 Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen

### 3.2.1 „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Die aufgrund von Klagen mehrerer Landesverbände der „Deutschen Volksunion“ (DVU) temporär gestoppte Fusion mit der NPD wurde am 15.01.2011 mit einem Festakt vollzogen. Gleichzeitig diente die Veranstaltung als Auftakt für den Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus. Zahlreiche Gegendemonstrationen begleiteten die Veranstaltung. Als Bundesvorsitzender fungierte Udo Voigt, der zwischenzeitlich von Holger Apfel abgelöst wurde. Landesvorsitzender in Berlin wurde Uwe Meenen, Sebastian Schmidtke wurde stellvertretender Landesvorsitzender<sup>4</sup>.

Auch im Jahr 2011 trat die NPD zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses an. Zahlreiche Infostände sowie das Verteilen von Flyern zeugten von einer verstärkten öffentlichkeitswirksamen Informations- und Wahlkampfkampagne, aber auch verstärkte Mitgliederwerbung gehörten zur Wahlkampfstrategie der NPD. U. a. wurde ein Flyer verbreitet, auf dem der damalige Bundesvorsitzende auf einem Motorrad zu sehen war. Der Slogan „Gas geben“ führte zu zahlreichen Anzeigen. Eine strafrechtliche Relevanz des Slogans wurde durch die Staatsanwaltschaft Berlin verneint.

Darüber hinaus verteilte die NPD in Berlin vor allem an Erstwähler im Rahmen von Wahlkampfveranstaltungen eine sogenannte „Schulhof-CD“. Unter der Überschrift „Hier kommt die Tanzmusik zu ihrer Heimreise“ sind 16 Musikstücke und zwei Redebeiträge einschlägig bekannter Bands aus der rechtsextremistischen Musikszene enthalten. Eine Überprüfung ergab keine Anhaltspunkte für eine strafrechtliche Relevanz. Die CD wurde aufgrund des Anfangsverdachts eines möglichen Verstoßes gegen Jugendschutzbestimmungen der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BpJM) zur Indizierung übermittelt.<sup>5</sup>

---

<sup>4</sup> Am 04.02.2012 wurde Sebastian Schmidtke zum Landesvorsitzenden der NPD gewählt.

<sup>5</sup> Die eingereichte CD wurde zwischenzeitlich in Teil B der Liste der jugendgefährdenden Medien eingetragen und im Bundesanzeiger Nr. 52 vom 30.03.2012 bekannt gegeben

Mit einem Gesamtergebnis von 2,1 % konnte die NPD nicht ins Abgeordnetenhaus einziehen. In den Bezirksverordnetenversammlungen von Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg ist die NPD mit jeweils zwei Mitgliedern vertreten.

### **3.2.2 „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG)**

Die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) wurde durch den Bundesinnenminister am 21.09.2011 gemäß §§ 1 Abs. 2, 2 Abs. 1 sowie § 3 VereinsG verboten. In Berlin waren bereits seit mehreren Jahren keine öffentlich wahrnehmbaren Aktivitäten der HNG zu verzeichnen.

### **3.2.3 „Autonome Nationalisten“ und „Nationaler Widerstand Berlin“**

Nach wie vor sind in Berlin außerhalb der NPD keine festen Organisationsstrukturen bekannt. Sogenannte „aktionsorientierte Rechte“, die sowohl den „Autonomen Nationalisten“ als auch dem „Nationalen Widerstand Berlin“ zugeordnet werden können, agieren anlassbezogen und mobilisieren über Internet, per SMS oder durch mündliche Kommunikation. Als Internetplattform dient ihnen überwiegend die Seite [www.nw-berlin.de](http://www.nw-berlin.de). Im April 2011 wurde die Seite durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert. In der Begründung heißt es u. a., dass diese Seite „zum Rassenhass anreizt und die Ideologie des Nationalsozialismus propagiert“.

Kontakte zur NPD auf persönlicher Ebene sind vorhanden. So nahmen „aktionsorientierte Rechte“ u. a. an den Demonstrationen „Wahrheit macht frei – Die Täter bei der Herkunft nennen“ am 14.05.2011 und „Arbeiter wehrt euch, damals wie heute“ am 17.06.2011 teil, die durch den damaligen stellv. Landesvorsitzenden der NPD angemeldet wurden. Darüber hinaus wurden eigene Demonstrationen mit zum Teil dreistelliger Teilnehmerzahl organisiert.

### 3.3 Herausragende Ereignisse

Der Hass auf Andersdenkende und Menschen ausländischer Herkunft führte im Jahr 2011 zu zahlreichen Straftaten in Berlin.

#### Versuchter Totschlag

Das Opfer, ein 38-jähriger Libanese, befand sich am 09.10.2011 in einem hinteren Raum der Pizzeria „Principessa Italia“ in Berlin-Oberschöneweide. Bei der Rückkehr in den Küchen- und Verkaufsraum traf es völlig unerwartet auf den Täter, der sich im Personalbereich befand. Dieser stach dem Opfer wortlos und unvermittelt mit einem Messer in den Bauch. Direkt im Anschluss verließ der Täter die Pizzeria fluchtartig, ohne bei der ganzen Tat ein Wort gesprochen zu haben. Weder der Gesch. noch sein Bruder, der Inhaber der Pizzeria, konnten Anhaltspunkte für die Motivation des Täters liefern. Auch eine Raubtat konnte ausgeschlossen werden, da die Kasse hinter dem Verkaufstresen leicht zugänglich und nicht gesichert war. Der Gesch. wurde mit multiplen Stichverletzungen in ein Krankenhaus verbracht, wo die akute Lebensgefahr im Rahmen einer Notoperation gebannt werden konnte.

Im Zuge der Ermittlungen konnte der Täter, ein 23-jähriger Deutscher, bekannt gemacht und vom Opfer einwandfrei identifiziert werden. Im Rahmen seiner Vernehmung machte er keinen Hehl aus seiner rechten Gesinnung, wobei er sich als „nationaldenkenden Menschen“ bezeichnete. Des Weiteren wurden von ihm fremdenfeindliche und antisemitische Äußerungen getätigt. Die Ermittlungen werden bei der 7. Mordkommission geführt und dauern noch an.

#### Gefährliche Körperverletzung gegen eine linksorientierte Person

Am 27.08.2011 kam es in Berlin-Prenzlauer Berg zwischen dem Geschädigten und einer Gruppe männlicher Personen zu einem Gespräch über Politik, in dessen Verlauf sich der Geschädigte als „linksorientiert“ zu erkennen gab. Dies führte zu einer Auseinandersetzung, während dieser der Geschädigte zu Boden gestoßen und mehrmals getreten wurde. Die Personen konnten unerkant flüchten. Die Ermittlungen sind abgeschlossen, es konnten keine Täter bekannt gemacht werden.

### Brandanschläge auf „linke“ Objekte

In der Nacht zum 27.06.2011 kam es zu insgesamt fünf Brandanschlägen auf „linke“ Objekte. In Berlin-Prenzlauer Berg wurden die Hauseingangstüren zweier linksalternativer Wohnprojekte in Brand gesetzt. In Berlin-Neukölln kam es zu einer Brandstiftung am Anton-Schmaus-Haus, einer Einrichtung der „Sozialistischen Jugend Deutschlands – Die Falken“. Diese stand wiederholt im Fokus der rechten Szene. Darüber hinaus wurde in Berlin-Kreuzberg die Jalousie der Eingangstür des linken Infoladens „Red Stuff“ in Brand gesetzt. Ebenfalls in Berlin-Kreuzberg wurden auf dem Gelände des „Thommy-Weißbecker-Hauses“ zwei Fahrzeuge in Brand gesetzt. Bei diesen Taten dürfte es sich um Resonanzstraftaten auf Aktionen der linken Szene gegen NPD- Parteifunktionäre und Personen der rechten Szene ein paar Tage zuvor handeln.

Am 09.11.2011 setzten unbekannte Täter vermutlich aus Resonanz auf eine Störung der Totenruhe in der Nacht vom 08.11. zum 09.11.2011 (Besmieren der Grabstelle von Horst Wessel) erneut das Anton-Schmaus-Haus in Brand. Das Feuer konnte durch Zeugen, die auf dem gegenüberliegenden Gelände der BVG tätig waren, eingedämmt und durch die Feuerwehr dann gelöscht werden. Die Ermittlungen dauern an.

### **3.4 Prognose**

Die Fallzahlen im Phänomenbereich PMK – rechts sind um 20 Fälle gestiegen. Die gewaltsame Auseinandersetzung mit Andersdenkenden bzw. dem politischen Gegner bleibt dabei weiterhin Hauptaktionsfeld der rechten Szene. Sowohl der Sprengstoff- und Schusswaffenanschlag in Norwegen als auch die Erkenntnisse im Rahmen der Ermittlungen zur NSU haben gezeigt, dass auch schwerste terroristische Gewalttaten sowohl von fanatisierten Einzelpersonen als auch von radikalisierten Kleingruppen begangen werden können.

Vorbehaltlich weiterer herausragender Ereignisse mit Bezug zur rechten Szene und dem zukünftigen Verhalten von rechten Demonstrationsteilnehmern gegenüber Gegendemonstranten und der Polizei dürfte sich das Fallaufkommen PMK - rechts im Jahr 2012 in etwa auf dem Niveau des Berichtsjahres bewegen.

Durch das Fehlen von begünstigenden Faktoren, wie z. B. Wahlen in Berlin, welche erfahrungsgemäß die Fallzahlen erhöhen, ist für 2012 eher ein Rückgang der Fallzahlen in Betracht zu ziehen. Ob die Wahl von Sebastian Schmidtke, einem Protagonisten der aktionsorientierten rechten Szene, zum Landesvorsitzenden Auswirkungen auf das Fallaufkommen haben wird, bleibt abzuwarten.

## 4. Politisch motivierte Kriminalität – links

### 4.1 Besondere Entwicklungen

#### 4.1.1 Gentrifizierung und Stadtentwicklung

Die „Aufwertung von Stadtquartieren“ mit der Folge, dass gering verdienende Bevölkerungsschichten aus diesen Bereichen verdrängt werden, ist seit längerem eines der wichtigsten Themen der linken Szene. Zahlreiche gesellschaftliche Gruppen - bis hin zu bürgerlichen Parteien - nehmen sich zwischenzeitlich dieses Themas an. Durch die linke Szene werden seit Jahren zahlreiche Straftaten in diesem Zusammenhang verübt.

Am 02.02.2011 wurde das Szeneobjektes „Liebig 14“, Liebigstraße 14 in Berlin-Friedrichshain, geräumt. Dabei handelte es sich um ein alternatives Wohnprojekt, welches 1990 von Hausbesetzern in Besitz genommen worden war.

Bereits im Vorfeld kam es zu zahlreichen Straftaten. Der Verlust dieses „linken Freiraumes“ wird auf „Profitinteressen bzw. -möglichkeiten“ im Zusammenhang mit der Aufwertung des Friedrichshainer Kiezes zurück geführt.

Im Jahresverlauf kam es zu mehreren Straftaten gegen das Objekt und die neu eingezogenen Mieter:

- Unter der Bezeichnung „anti-beulker front“ bekannten sich unbekannte Täter zu Straftaten am Objekt Liebigstr. 14 am 09.06.2011. Durch zehn verummte Personen wurden Steine gegen mehrere Fenster sowie Gläser mit schwarzer Flüssigkeit gegen die Fassade geworfen. Auf der Kreuzung Liebigstr./Rigaer Str. wurde eine Rauchbombe gezündet. Anschließend entfernten sich die Personen unerkant.
- Unbekannte Täter setzten am 27.08.2011 einen Roller eines Mieters des Hauses Liebigstr. 14 in Brand, indem sie auf einem Innenhof Mülltonnen um ihn herumstellten und diese dann in Brand setzten. Der Roller und zwei der Mülltonnen wurden zerstört. In dem SBS, welches „anonym“ verfasst ist, beziehen

sich die Täter auf die Räumung des Hauses Liebigstr. 14 und den Kampf gegen Gentrifikation. Sie haben nach eigenem Bekunden den Roller ihrer „Gegner aus dem 2. Stock der Liebig 14“ bewusst als Tatobjekt ausgewählt, um diese zu vertreiben.

- Unbekannte Täter beschossen in der Nacht vom 02. zum 03.08.2011 mehrere Fensterscheiben der Liebigstr. 14 mit Metallkugeln. Diese wurden offenbar mit einer sogenannten „Zwille“ abgeschossen. Dabei wurden 11 Fensterscheiben beschädigt. Von den Bewohnern des Hauses wurde niemand verletzt.

Im Zusammenhang mit der Räumung der Liebigstr. 14 kam es im Jahr 2011 insgesamt zu 284 politisch motivierten Straftaten, wobei der Schwerpunkt mit 240 Fällen in den ersten beiden Monaten lag. Trotz des Rückgangs der Aktionen und Straftaten im Jahresverlauf war in den einschlägigen Foren und in der Presse weiterhin eine fortlaufende Thematisierung feststellbar. Diese befasste sich vornehmlich mit den Baumaßnahmen am Objekt und der anschließenden Neuvermietung.

Die Ereignisse um die Räumung der „Liebig 14“ haben der linksextremistischen Szene nach dortiger Einschätzung einen deutlichen Aufwind verschafft. Der hohe Mobilisierungsgrad vor allem in Verbindung mit zahlreichen dezentralen Aktionen wurde durch die Szene als Erfolg gewertet. Darüber hinaus gab es mehrere Solidarisierungsaktionen in Form von Sachbeschädigungen und Demonstrationen in anderen bundesdeutschen Städten.

Auch der als selbstverwaltetes Werkstattprojekt und „lebendiger Kunsthof“<sup>6</sup> dargestellte sogenannte „Linienhof“ in der Kleinen Rosenthaler Str. 9 in Berlin-Mitte wurde aufgrund der Räumung und Neubebauung thematisiert. Bislang nutzten ihn Kleinhändler der Alternativszene als freie, unkommerzielle Werkstatt und gelegentlich zu kleineren Feiern. Bei den unmittelbaren Grundstücksnachbarn handelt es sich u. a. um ein Mietshaus, in dem Angehörige aus dem Umfeld der linken Szene wohnen.

---

<sup>6</sup> <http://linienhof.blogspot.de/der-linienhof/>



Die Gentrifizierung ist eines der herausragenden Themenfelder der linken Szene. Diesbezüglich werden Demonstrationen, Aktionen und Straftaten durchgeführt bzw. begangen.

- Im Verlauf des Aufzuges „Liebig 14 verteidigen - Wir bleiben alle“ am 29.01.2011 in Berlin-Friedrichshain kam es zu unfriedlichen Aktionen, wie Flaschen- und Steinwürfe, Zünden von Pyrotechnik und tätliche Angriffe auf die begleitenden Polizeibeamten. Die Stimmung der Versammlungsteilnehmer war durchgehend aggressiv. Am Eckhaus Rigaer Str./Liebigstr. wurden Gehwegplatten aufgenommen und mehrmals zu Boden geworfen. Mit den Bruchstücken wurden dann gezielt Polizeibeamte beworfen. Darüber hinaus wurden durch den Einsatz körperlicher Gewalt Festnahmen verhindert bzw. erschwert. Die Räumungsmaßnahmen am 02.02.2011 wurden ebenfalls von unfriedlichen Aktionen begleitet.
- Am 30.05.2011 nahmen ca. 100 Personen an der Kundgebung zum Thema „Steigende Mieten stoppen - Wohnraum für alle“ vor dem Sitz der „GSW Immobilien AG“ teil. Während der störungsfreien Kundgebung wurde ein der „GSW- Immobilien AG“ gehörendes Haus in der Schlesischen Straße 25 in Berlin-Kreuzberg besetzt. Bei der anschließenden Räumung kam es zu Auseinandersetzungen mit Polizeibeamten in Form von Widerständen und Körperverletzungen.
- Am 07.11.2011 kam es zu einer spontanen Aktion im Bereich der Kastanienallee in Berlin-Prenzlauer Berg. Ca. 50 vermummte Personen verbrachten Hindernisse auf die Straße bzw. ins Gleisbett der Straßenbahn und bewarfen eine Schlecker-Filiale mit Pflastersteinen. Die Aktion richtete sich gegen ein Gerichtsurteil anlässlich einer Räumungsklage zum Nachteil des „Linienhofes“.

#### **4.1.2 Konfrontation gegen rechts**

Die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner bleibt weiterhin ein thematischer Schwerpunkt, bei dem zahlreiche Straftaten zu verzeichnen sind. Demonstra-

tionen der rechten Szene wurden z. T. erfolgreich blockiert und gestört. Darüber hinaus wurden Funktionsträger der rechten Szene und deren Eigentum angegriffen.

- Am 13.05.2011 wurde das Fahrzeug eines bekannten Rechtsextremisten in Berlin-Neukölln in Brand gesetzt. Hierzu bekannten sich in einem Selbstbeziehungsschreiben Personen der linken Szene.
- Am 22.06.2011 wurde ein NPD-Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Berlin-Neukölln von fünf verummten Personen vom Fahrrad gestoßen und mit Glasflaschen und Holzstöcken angegriffen. Dabei wurde er als „scheiß Nazischwein“ bezeichnet.
- Am 25.06.2011 wurde der Kreisvorsitzende der NPD Neukölln und Mitglied der BVV von mehreren verummten Tätern in Berlin-Neukölln angegriffen, zu Boden geschlagen und mit Schlägen und Tritten gegen den Kopf verletzt.
- Ebenfalls am 25.06.2011 wurde der Landesvorsitzende und Bundesvorstandsmitglied der NPD in Berlin-Pankow von mehreren verummten Personen angegriffen, zusammengeschlagen, mit Reizgas besprüht und beraubt.

Vermutlich aus Vergeltung kam es am 27.06.2011 zu Brandanschlägen auf fünf linke Objekte in Berlin (siehe Punkt 3.3).

In den letzten Jahren eröffneten in Berlin mehrere Geschäfte, die in der linken Szene aufgrund ihres Warensortiments als „rechte Szeneläden“ thematisiert wurden. Im Vorfeld der jeweiligen Eröffnung, am Tag der Eröffnung und im Nachgang fanden regelmäßig Demonstrationen mit einer Teilnehmerzahl bis zum mittleren dreistelligen Bereich statt, und es wurden Straftaten, u. a. in Form von Sachbeschädigungen an und vor dem Objekt begangen.

In diesem Jahr wurden drei neue Objekte der rechten Szene durch die linke Szene thematisiert.

- Am 21.06.2011 eröffnete in Berlin-Niederschöneweide das Military-Geschäft „Hexogen“. Dieses wird durch den Landesvorsitzenden der NPD betrieben.

Die Ladeneröffnung in unmittelbarer Nachbarschaft zur Lokalität „Zum Henker“ wird innerhalb der linken Szene als große Provokation angesehen.

- Ein im Erdgeschoss eines Mehrfamilienhauses gelegener Treffpunkt in Berlin-Rummelsburg wird seit Anfang 2011 durch „aktionsorientierte Rechte“ frequentiert. Der Verein, der offiziell den Laden betreibt, wurde im April 2010 in Berlin durch sieben Personen der rechten Szene gegründet.
- Am 28.08.2011 eröffnete ein Thor-Steinar-Laden „Toensberg“ in Berlin-Weißensee. Sowohl am Eröffnungstag als auch am 18.11.2011 fanden Protestdemonstrationen der linken Szene und des bürgerlichen Spektrums statt.

Sowohl am Geschäft „Toensberg“ in Berlin-Weißensee als auch am rechten Treffpunkt in Berlin-Rummelsburg kam es im Jahr 2011 zu Straftaten der linken Szene in Form von Sachbeschädigungen durch Farbschmiererei oder Farbwürfe.

Demonstrationen der rechten Szene werden überwiegend durch Gegendemonstrationen der linken Szene und des bürgerlichen Spektrums begleitet. Dabei steht im Vordergrund, den Aufmarsch zu blockieren und zu verhindern.

- Am 14.05.2011 begann in Berlin-Kreuzberg gegen 12:30 Uhr eine Versammlung der rechten Szene mit dem Thema „Wahrheit macht frei – Täter bei der Herkunft benennen“ mit zunächst 110 Teilnehmern (siehe auch Punkt 3.3). Unweit des Antrepleplatzes versammelten sich etwa 500 Personen zu einem Gegenprotest unter dem Motto „Gemeinsam und solidarisch gegen Rassismus und Nazismus – Kein Fußbreit den Faschisten/innen“. Dabei konnten die Teilnehmer durch Blockadeaktionen den Aufzug der rechten Szene verhindern.
- Am 17.06.2011 versammelten sich mehrere Personen in Berlin-Mitte zum Aufzug „Arbeiter wehrt euch, damals wie heute“. Während der Kundgebung kam es zu Störungen durch Gegendemonstranten, die sich auf der Dachterrasse des Verlagsgebäudes der „Jungen Welt“ befanden. Sie bewarfen die Kundgebungsteilnehmer u. a. mit Wasserbomben. Aufgrund der anhaltenden Störungen musste die Kundgebung unterbrochen werden. Dabei versuchten ca. 15

Personen der rechten Szene, in das Verlagsgebäude einzudringen, was jedoch unterbunden werden konnte. Nach Verlegung des Kundgebungsortes wurde die Veranstaltung, an der auch der damalige NPD-Bundesvorsitzende teilnahm, fortgesetzt.

- Beim Aufeinandertreffen von ca. 80 Aufzugsteilnehmern der rechten Szene und ca. 100, zum Teil verummten linksautonomen Gegendemonstranten am 15.07.2011 in Berlin-Neukölln kam es zu Blockaden und schweren Ausschreitungen mit Stein- und Flaschenwürfen. Linke Gegendemonstranten warfen Flaschen und Steine auch gegen Polizisten, die den Aufzug auf Motorrädern begleiteten.

#### **4.1.3 Globalisierung**

Seit mehreren Jahren ist die sogenannte „Globalisierung“ ein Reizthema in der linken Szene. Die Aktivitäten der Anti-Globalisierungsbewegung manifestierten sich in der Vergangenheit insbesondere in Demonstrationen gegen Gipfeltreffen der G8, der Europäischen Union, der NATO oder der Weltbank, also Institutionen, die in den Augen der Globalisierungsgegner die „Architektur der Globalisierung“ darstellen.

Bei vorangegangenen „Globalisierungsveranstaltungen“, kam es in dem jeweiligen Austragungsland teilweise zu massiven, gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Globalisierungsgegnern und der Polizei.

#### **4.1.4 Bildung**

Seit 2009 organisieren Bündnisse von Studierenden, Schülern, Gewerkschaften, Parteien und weiteren gesellschaftlichen Gruppen regelmäßig sogenannte Schüler- bzw. Bildungstreiks, an denen auch die linke Szene teilnahm. Dabei verliefen die Proteste, zumeist in Form von Demonstrationen mit bis zu 12.000 Teilnehmern, nicht immer friedlich. In der Vergangenheit kam es u.a. zu Widerstands- und Körperverletzungsdelikten sowie vereinzelt zu Landfriedensbrüchen.

#### 4.1.5 Repression

Ein weiterer thematischer Schwerpunkt ist die „Repression“. Hierunter wird im weitesten Sinn der Kampf gegen „staatliche Unterdrückung“ durch Polizei, Justiz und Politik verstanden. In diesem Zusammenhang werden immer wieder Unterstützungsaktionen für „politische Gefangene“ durchgeführt, aber auch Straftaten im Begründungszusammenhang verübt. So fand am 19.05.2011 eine Demonstration „Solidarität mit Werner Bräuner! Unterstützt seine Forderungen!“ statt<sup>7</sup>.

Der alljährlich stattfindende Polizeikongress wurde auch im Berichtsjahr durch die linke Szene thematisiert. So fand u. a. am 28.01.2011 eine Demonstration „Gegen Repression, staatliche Morde und den 14. Polizeikongress“ statt.

Die linksextremistische Szene steht - bei entsprechenden aktuellen Ereignissen emotionalisiert - der Polizei unversöhnlich und teilweise sehr aggressiv gegenüber. Dabei werden auch schwere Verletzungen von Polizeibeamten bei Übergriffen mit hohem Aggressionspotential im Einsatzgeschehen in Kauf genommen. Bisher werden durch die linksextremistische Szene Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit von Personen grundsätzlich abgelehnt, da sie weder innerhalb der Szene noch innerhalb der Gesellschaft vermittelbar sind. Dies gilt jedoch nicht für Polizisten im Einsatzgeschehen und für Personen der rechten Szene.

- Anlässlich der stattfindenden Demonstration gegen die Räumung des linksalternativen Wohnprojektes Liebigstr. 14 am 02.02.2011 wurde ein ziviles Polizeifahrzeug mit mehreren Beamten angegriffen. Dieses musste verkehrsbedingt halten, da Hindernisse aus Baumaterial und Verkehrsschildern errichtet worden waren. Das zivile Polizeifahrzeug wurde mit Steinen und anderen Gegenständen beworfen. Eine Seitenscheibe zerbrach, so dass die Steine in den Innenraum des Fahrzeuges gelangten. Des Weiteren stießen die Täter mit einer Metallstange von hinten in Richtung des Kopfes des Beifahrers, die jedoch die Kopfstütze traf.

---

<sup>7</sup> Werner Bräuner erschoss im Jahr 2001 einen Arbeitsamtsdirektor und wurde zu 12 Jahren Haft verurteilt. Laut Internetbeiträgen befand er sich vom 08.05. – 30.06.2011 in einem Hungerstreik. Er forderte, dass ihm der Gegenwert des Gefängnisessens (ca. 7 € am Tag) in bar ausgezahlt wird.

Zum Gedenken an „Opfer von Polizeigewalt“ wurden in Berlin mehrere Demonstrationen abgehalten.

- Anlässlich des Todes von Slieman Hamade im Nachgang eines Polizeieinsatzes am 01.03.2010 fand am 05.03.2011 eine im Namen der Opferschutzorganisation „ReachOut“ angemeldete Demonstration „Für Gerechtigkeit und Frieden – Gegen Gewalt durch die Polizei“ in Berlin-Schöneberg statt. Dabei wurden u. a. Parolen, wie „Deutsche Polizisten sind Mörder und Faschisten“ sowie „Hass wie noch nie, all cops are Bastards ACAB“ skandiert.
- Anlässlich des 10. Todestages des beim G8-Gipfel in Genua/Italien erschossenen Carlo Giuliani fand am 16.07.2011 eine nichtangemeldete Demonstration zu dessen Gedenken statt. Diese wurde im Internet und über zahlreiche Plakate beworben. Dabei betonten die Organisatoren, dass man die Demonstration nicht anmelden will. Während der Demonstration kam es zu Ausschreitungen gegenüber Polizeibeamten. U. a. wurde ein Einsatzfahrzeug der Polizei mit einem metallenen Projektil aus einer Zille beschossen. Dieses durchschlug die Blechverkleidung der Beifahrertür.

#### 4.1.6 Antimilitarismus

Ein weiteres Hauptthemenfeld der linken Szene stellt der Antimilitarismus dar. In Berlin kam es in den vergangenen Jahren zu zahlreichen Aktionen und Versammlungen, zu Straftaten in Form von Sachbeschädigungen und Hausfriedensbrüchen etc., aber auch zu Brandanschlägen. Dabei zielten die Angriffe nicht nur auf Einrichtungen der Bundeswehr, sondern auch auf Objekte oder Fahrzeuge von Firmen, die aus verschiedenen Gründen in den Begründungszusammenhang gestellt wurden. Hervorzuheben sind in diesem Kontext insbesondere Brandstiftungen an Fahrzeugen sowie Sachbeschädigungen (insbesondere Farbschmierereien), die im Zusammenhang mit der sogenannten „DHL-Kampagne“ standen.

- Am 18.02.2011 stellten Mitarbeiter der Deutschen Post/DHL fest, dass die Packstation in Berlin-Neukölln mit rosa Farbe und den Schriftzügen „Deutsche Heeres Logistik“ und „Mörder“ beschmiert wurden.
- Am 14.26.2011 klemmten unbekannte Täter vermutlich einen Feuerwerkskörper in den Scheibenwischer eines DHL-Fahrzeuges. Bei der Umsetzung splitterte die Frontscheibe und wurde durchschlagen.

Im Themenzusammenhang Antimilitarismus werden durch Aktivisten und Bündnisse immer wieder verschiedene Kampagnen ins Leben gerufen, die sich gegen die Bundeswehr direkt, deren Angehörige oder alternativ gegen ihre Kooperationspartner richtet. Seit Ende Juni 2011 wird auf mehreren Internetseiten zur Kampagne „War starts here“ aufgerufen. Die Initiatoren prangern die angeblich immer weiter zunehmende zivil-militärische Verflechtung an und zielen auf Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an verschiedenen Bildungseinrichtungen ab. Darüber hinaus werden aktuelle Ereignisse, wie der NATO-Einsatz in Libyen und der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan thematisiert. Die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“ protestierte u. a. mit Flugblattaktionen und Plakaten vor allem gegen die durch die Bildungsminister der Länder abgeschlossenen Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr, die als erklärtes Ziel die „Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Jugendoffizieren“ haben.

#### **4.1.7 Anti-Atom**

Die in letzter Zeit bereits bestehende hohe Mobilisierungsbereitschaft innerhalb der Anti-AKW-Szene - hervorgerufen durch die Debatte und die Entscheidungen zu den AKW-Laufzeitverlängerungen - hat durch die Atomkatastrophe in Japan deutlich zugenommen. Ziel der Aktivisten ist der friedliche, plakative und medienwirksame Protest gegen Atomkraft.

Die Angehörigen der linken Szene nutzten die hohe Präsenz und Aktualität des Themas, um im „Kampf gegen die Atommafia“ vermehrt Straftaten gegen Sachwerte der Atomindustrie (vornehmlich Fahrzeuge und Gebäude von Vattenfall) zu verüben.

- Am 18.03.2011 wurden in Berlin-Schmargendorf drei Fahrzeuge der Firma Vattenfall beschädigt, indem Bauschaum in den Auspuff gesprüht wurde. Die Fahrzeuge parkten auf dem Gelände des Kraftwerks Wilmersdorf. Ein Selbstbeziehungsschreiben dazu liegt nicht vor.
- Unter der Gruppenbezeichnung „Autonome Gruppen“ bekannten sich Unbekannte in einem Selbstbeziehungsschreiben zu einer Sachbeschädigung durch Farbewürfe in der Zeit vom 18.03.2011 bis 21.03.2011 an einem Gebäude der Vattenfall Europe AG in Berlin-Mitte (laut SBS am Abend des 20.03.2011). Durch einen Sicherheitsmitarbeiter wurde die Sachbeschädigung am 21.03.2011 festgestellt.

Gegen die Kernenergienutzung richten sich in Deutschland seit Jahrzehnten Protestaktionen einer eher linksorientierten „Anti-Atom-Bewegung“ verschiedener Spektren. Trotz des Beschlusses der Bundesregierung über den Atom-Ausstieg gab es weiterhin Proteste, die sich u. a. gegen die Endlagerung von Atommüll richteten. Darüber hinaus wird die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung dahingehend hinterfragt, ob der beschlossene Atomausstieg letztendlich auch im avisierten Zeitraum durchgeführt wird.

#### **4.1.8 Papstbesuch**

Seine Heiligkeit Papst Benedikt XVI. hielt sich in der Zeit vom 22.09.2011 bis 25.09.2011 auf Einladung des Bundespräsidenten in Deutschland auf. Unter dem Motto „Wo Gott ist, da ist auch Zukunft“ nahm er am 22. und 23.09.2011 mehrere Termine in Berlin wahr.

Auch innerhalb der linken Szene wurde der Papstbesuch thematisiert. Im Rahmen einer Kampagne gegen christlichen Fundamentalismus mobilisierte das „What the fuck-Bündnis gegen Antisemitismus, Sexismus und Homophobie“ zu Kundgebungen am 30.07. und 20.08.2011 in Vorbereitung von Protesten zum anstehenden Papstbesuch, welche beide friedlich verliefen. In einem Mobilisierungsbeitrag „Gegen Antisemitismus, Sexismus und Homophobie“ im Internet hieß es: „... *der Papstbesuch*



*soll zum Anlass genommen werden, um der grundsätzlich vorherrschenden Kritik an Religion, an der Katholischen Kirche im speziellen und an diesem Papst im Besonderen Ausdruck zu verleihen.“. Auch der Aufruf zur Demonstration am 17.09.2011, die sich gegen die Veranstaltung „1000 Kreuze Marsch“ bzw. „Marsch für das Leben“ vom Bundesverband Lebensrecht (BVL) richtete, war auf der Mobilisierungsseite des Bündnisses vorhanden.*

- Unbekannte Täter verunreinigten am 20.09.2011 die Hausfassade der Apostolischen Nuntiatur in Berlin-Neukölln mit mehreren Farbflecken. Dabei wurden vermutlich mit Farbe gefüllte Milchtüten gegen das Objekt geworfen. Auch die Hausfassade der St. Johannes Basilika in Berlin-Neukölln wies Beschädigungen auf. Dort ritzten unbekannte Täter einen auf dem Rücken liegenden Fisch in die Fassade. Im Zusammenhang mit der Sachbeschädigung an der Apostolischen Nuntiatur wurde im Internet eine Bekennung festgestellt.
- Nach Beendigung der Kundgebung „Nachtständchen – Protest gegen die Einschränkung der Bewegungs- und Versammlungsfreiheit im Dienste des reaktionären Papstes“ hielten sich vor Ort noch ca. 250 ehemalige Teilnehmer auf. Diese skandierten weiterhin lautstark Unmutsäußerungen, wie „Ganz Berlin hasst den Papst“. Mehrmaligen Aufforderungen, den Ort zu verlassen, wurde nicht Folge geleistet. U. a. kam es zu einem gezielten Flaschenwurf und zum Einsatz von Pyrotechnik zum Nachteil der Polizei.

## **4.2 Parteien, Organisationen, Vereine und Gruppierungen**

### **4.2.1 „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB)**

Die im Jahr 2007 gegründete „Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin“ (ARAB) ist eine der aktivsten Gruppierungen der linken Szene Berlins. Laut eigenem Bekunden kämpft die ARAB für eine vollständige Überwindung kapitalistischer Verhältnisse und gehört zu den gewaltbereiten und –ausübenden Gruppierungen der linken Sze-

ne. Darüber hinaus engagiert sie sich in Themenbereichen, wie Sozialabbau, Anti-globalisierung und Antimilitarismus.

Für die am 16.07.2011 stattgefundene unangemeldete Demonstration anlässlich des 10. Todestages von Carlo Giuliani wurde maßgeblich durch die ARAB mobilisiert. Dazu wurden Plakate im Stadtgebiet verteilt und im Internet zur Teilnahme aufgerufen.

Darüber hinaus wurde auf der Internetseite arab.blogspot.de ein Plakat veröffentlicht, auf dem neben Textbeiträgen zwei Personen abgebildet waren, von denen eine verumumt mit einem wurfbereiten Molotow-Cocktail dargestellt wurde. Die zweite Person stellte einen Polizeibeamten in Einsatzkleidung dar. Weiterhin beteiligte sich die ARAB fast als einzige „linke Gruppierung“ an Aufzügen und Kundgebungen mit PKK-Bezug.

#### **4.2.2 „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB)**

Die „Antifaschistische Linke Berlin“ (ALB) entstand aus der sich im Jahr 2003 aufgelösten „Antifaschistischen Aktion Berlin“ (AAB<sup>8</sup>) und tritt laut ihrer Internetseite für den Kommunismus ein. Die ALB propagiert die Überwindung des politischen Systems und die Einführung einer klassenlosen Gesellschaft. Dabei setzt sie auf Bündnisarbeit mit Gruppierungen aus dem linksextremistischen, aber auch dem demokratischen Spektrum. Die ALB tritt insbesondere als Organisator von Demonstrationen in Erscheinung bzw. unterstützt andere Aufrufe, so z. B. die jährliche Revolutionäre 1. Mai-Demonstration in Berlin.

### **4.3 Herausragende Ereignisse**

#### Brandanschlag auf das Gebäude des Polizeiabschnitts 51

Am 11.04.2011 wurden aus einer Gruppe von schwarz gekleideten verumumten Personen heraus insgesamt sechs Flaschen, die mit einer brennbaren Flüssigkeit gefüllt waren, in den Eingangsbereich des Polizeiabschnitts 51 in Berlin-

---

<sup>8</sup> Damals eine der mitgliederstärksten und politisch aktivsten autonomen „Antifa-Gruppen“ Berlins.

Friedrichshain geworfen. Mit zwei gezündeten bengalischen Fackeln erfolgte die Inbrandsetzung. Zu diesem Zeitpunkt befand sich im Eingangsbereich eine Reinigungskraft, die auf Einlass wartete. Trotz intensiver Flammenbildung blieb sie unverletzt, da sie von einem Polizeibeamten rechtzeitig aus dem Gefahrenbereich gezogen wurde. Der Brand wurde durch Polizeikräfte mittels Feuerlöscher gelöscht.

In unmittelbarer Nähe des Eingangs wurden mehrere Pflastersteine gegen die Hausfassade bzw. Fenster der Polizeiwache geworfen. Zusätzlich wurden mehrere Flaschen mit einer schwarzen Flüssigkeit in Richtung Hausfassade geworfen. Im Nahbereich wurden eine größere Anzahl sogenannter „Krähenfüße“ aufgefunden. Die Tätergruppe flüchtete.

Am 12.04.2011 wurden im Internet ein SBS der „autonomen Gruppen“ festgestellt. In diesem werden Repression (u. a. Räumung Liebigstr. 14), Gentrifizierung, Antikapitalismus und insbesondere der Polizeieinsatz zum bevorstehenden 1. Mai thematisiert. Außerdem wurde die Tat als ein „Abschiedsgruß“ an den amtierenden Polizeipräsidenten und ein „feuriger Gruß“ an den zukünftigen Polizeipräsidenten deklariert.

#### Brandanschläge zum Nachteil der Deutschen Bahn AG

Am 23.05.2011 setzten unbekannte Täter auf einer Baustelle der S-Bahn am Bahnhof Ostkreuz in Berlin-Friedrichshain eine provisorische Kabelbrücke in Brand. Der S-Bahn- sowie der Fernbahnverkehr kamen durch den Brand zum Erliegen.

Im Internet bekannte sich eine bis dahin noch nicht in Erscheinung getretenen Gruppe „Das Grollen des Eyjafjallajökull“ zu dem Brandanschlag. Die Tat wurde in den Themenzusammenhang „Anti Atom“ unter Bezugnahme zu den Themen „Antimilitarismus“ und „Antirassismus“ sowie Flüchtlingsproblematik gesetzt.

Am 10.10.2011 kam es in Berlin und Brandenburg zu mehreren versuchten bzw. vollendeten Anschlägen auf Bahnanlagen. Die Brandsätze wurden zum Teil erst einige Tage später aufgefunden. Lediglich zwei Brandsätze setzten an den Tatorten Finkenkrug und Dallgow-Döberitz (Brandenburg) um. Eine zweite Brandvorrichtung in Finkenkrug zündete nicht, in Dallgow-Döberitz setzten zwei weitere Brandvorrichtungen nicht um. Es kam zu erheblichen Beeinträchtigungen des Bahnverkehrs.

Am Morgen des 10.10.2011 wurde im Internet ein umfassendes SBS veröffentlicht, das von der Gruppierung „Das Hekla-Empfangskomitee - Initiative für mehr gesellschaftliche Eruptionen“ verfasst worden ist. In diesem SBS wird dargelegt: *„Heute geht nicht viel! Viele Nah- u. Fernzüge, aber auch S-Bahnen, fahren nicht oder unpünktlich. Kommunikationssysteme sind gestört. Sabotagehandlungen an mehreren Kabelschächten mit der Bahn ... Dazu haben wir Brandbeschleuniger und elektronische Zeitgeber verwendet.“*. Begründet wird die Tat u. a. damit, dass die Bundeswehr seit 10 Jahren „Krieg“ in Afghanistan führe. Ziel der bis dahin unbekanntenen Gruppierung war es laut SBS, die Hauptstadt Berlin in einen „Pausenmodus“ zu zwingen.


Im Verlauf des 13.10.2011 wurde im Internet von der gleichen Gruppe eine „Richtigstellung zur Medienberichterstattung“ veröffentlicht. In dieser werden fünf in den Medien publizierte Aussagen „richtiggestellt“. So wird bestritten, dass es sich um Sprengsätze gehandelt habe und dass einige Anschläge „in letzter Minute“ durch die Polizei verhindert worden seien. Die Verfasser forderten die Bevölkerung auf, „sich nicht für blöd verkaufen zu lassen“.

Die Deutsche Bahn AG hat im Zusammenhang mit den Brandanschlägen zur Ergreifung der Täter insgesamt 100.000 Euro ausgelobt.

#### **4.4 Prognose**

Die Auseinandersetzung mit dem politisch rechten Gegner wird auch im Jahr 2012 verstärkt im Fokus der linken Szene stehen. Aktivitäten der rechten Szene, wie Demonstrationen, Mahnwachen oder auch die Nutzung neuer Objekte werden auch zukünftig zu entsprechenden Reaktion der linken Szene führen.

In Abhängigkeit von aktuellen politischen Ereignissen im In- und Ausland sind auch im Jahr 2012 politisch motivierte Straftaten, die unter dem Deckmantel von Solidarierungs- oder Protestaktionen begangen werden, zu erwarten.



Die vom 09.06. – 01.07.2012 in der Ukraine und in Polen stattfindende FIFA-Europameisterschaft und die damit einhergehende Solidarisierung der Fans mit der deutschen Nationalmannschaft könnte wieder zu einem verstärkten Beschädigen bzw. Entzünden von Deutschlandfahnen führen.

## 5 Politisch motivierte Ausländerkriminalität

### 5.1 Politisch motivierte Ausländerkriminalität ohne Bezüge zum Islamismus

#### 5.1.1 Besondere Entwicklungen

##### „Arabischer Frühling“

Ausgehend von der Revolution in Tunesien, die im Dezember 2010 begann und deren Auslöser Unruhen nach Verbreitung der Nachricht über die Selbstverbrennung eines Gemüsehändlers waren, kam es in mehreren Staaten Nordafrikas, des Nahen und Mittleren Ostens vom Gaza-Streifen über die Arabische Halbinsel bis in den Iran zu Protesten der Bevölkerung gegen Armut, Arbeits- und Perspektivlosigkeit sowie für Freiheit und Demokratie.

Während in Tunesien und Ägypten friedliche Proteste zum Sturz der bisherigen Machthaber Ben Ali und Husni Mubarak geführt haben, wurden Demonstrationen in Libyen durch den amtierenden Machthaber Gaddafi mit Hilfe des Militärs zuerst blutig niedergeschlagen. Das harte Vorgehen des Militärs führte zu einem mehrmonatigen Bürgerkrieg, an dessen Ende es den Rebellen mit Hilfe der NATO gelang, Gaddafi zu stürzen. Nachdem Gaddafi am 20.10.2011 durch Rebellen nach einem Angriff auf seine Heimatstadt Sirte gefangen genommen wurde, kam dieser ums Leben.

Proteste in Syrien sollen nach wie vor durch massiven Einsatz von militärischer Gewalt, offenbar auch gegen Teile der Zivilbevölkerung, verhindert werden. Trotzdem sich Mitglieder einer Beobachtungskommission der Arabischen Liga, aus der Syrien am 12.11.2011 vorübergehend ausgeschlossen wurde, im Land aufhielten, kam es gemäß der Berichterstattung aus Syrien zu Bombenexplosionen und weiteren Tötungen von Demonstranten. Diese Ereignisse in Syrien führten auch zu Protestaktionen in Berlin.

- Unbekannte Täter warfen am 01.06.2011 zehn rote Farbeier gegen die Hauswand der Botschaft der Arabischen Republik Syrien in der Rauchstr. in Berlin-Mitte.
- Am 08.10.2011 begaben sich in Berlin-Mitte zeitgleich zwei Personengruppen rennend zur syrischen Botschaft und skandierten syrische Sprechchöre. Aus diesen Gruppen drangen 24 Personen gewaltsam in die Botschaft ein. Dabei wurden die Hauseingangstür sowie die Zugangstür zum 1. Obergeschoss beschädigt. Nach Zustimmung des Botschafters begaben sich Polizeibeamte in die Räumlichkeit und hinderten die Personengruppe daran, weiter in die höheren Etagen der Botschaft vorzudringen. Es konnten zwei Rädelsführer ausgemacht werden, auf die beruhigend eingewirkt wurde, so dass die Personengruppe die Botschaft wieder verließ. Dabei kam es im 1. Obergeschoss zu Sachbeschädigungen. Weiterhin entwendeten unbekannte Täter eine syrische Flagge, die beim Verlassen der Botschaft triumphierend geschwenkt wurde.

Nach wie vor ist die Situation in Syrien schwer einzuschätzen. Nicht überprüfbare Veröffentlichungen im Internet und in der Presse lassen jedoch den Schluss zu, dass die Opposition nach wie vor aktiv ist und die Sicherheitsbehörden mit militärischen Mitteln dagegen vorgehen. Motivierend für die Opposition könnte dabei sein, dass oppositionelle Gruppen in anderen Ländern für tiefgreifende politische Veränderungen gesorgt haben. Die internationale Resonanz auf die Gewalt und der damit einhergehende vorübergehende Ausschluss aus der Arabischen Liga können auf die Opposition stark motivierend wirken.

Die Ereignisse im Rahmen des sogenannten „Arabischen Frühlings“ führten in Berlin zu zahlreichen Demonstrationen, um sich mit den Aufständischen zu solidarisieren.

- Über das soziale Netzwerk facebook verabredeten sich am 03.02.2011 ca. 40 Personen zu einer Spontandemonstration vor der ägyptischen Botschaft in Berlin-Tiergarten. Sie zeigten vier Transparente mit themenbezogenen Aufschriften. Des Weiteren wurden Fahnen der Partei „Die Linke“ und von „attac“ gezeigt.

- Vor der syrischen Botschaft in Berlin-Tiergarten versammelten sich am 15.06.2011 20 bis 30 Personen. Diese beklebten den Zaun des Botschaftsgebäudes mit verschiedenen Plakaten, die u. a. die Abschaffung des Regimes forderten. Eine Person kletterte über den Zaun und hängte ein Plakat an den Eingang zur Residenz des Botschafters. Dann entfernten sich alle Beteiligten.

## PKK/Kurden

Die Lage in der Türkei war im Jahre 2011 im Vergleich zu den Vorjahren von verstärkten Auseinandersetzungen zwischen der PKK und den türkischen Sicherheitskräften auf allen Ebenen geprägt.

Die Nachfolgeorganisation der PKK, die „Koma Civakên Kurdistan“ (KCK), erklärte am 28.02.2011 die Beendigung ihrer am 13.08.2010 ausgerufenen einseitigen Waffenruhe. Begründet wurde dies mit dem seit Jahren erfolglosen Bemühen des „Führers“ Abdullah ÖCALAN um eine friedliche Lösung der Kurdenfrage und der anhaltenden Repressionspolitik der AKP-Regierung.

Beginnend Mitte März 2011 berichteten die Medien über zunehmende Kämpfe mit erhöhten Opferzahlen auf beiden Seiten. Seitens der türkischen Armee wurden vermutete Stellungen im Nordirak beschossen und grenzüberschreitende Bodenoperationen durchgeführt. Im Rahmen dieser Frühjahrsoffensive wurden an der türkischen Grenze zum Irak (Uludere/Provinz Sirnak) zwölf Kämpfer der „Hêzên Parastina Gel“ (HPG)<sup>9</sup> getötet. Hierdurch gewannen die bereits zuvor in gewalttätige Ausschreitungen mündenden Proteste in der Türkei noch einmal an Massivität, die „Bariş ve Demokrasi Partisi“ (BDP) erklärte, dass es sich um ein Massaker und Kriegsverbrechen handeln würde. In diesem Zusammenhang kam es auch in Berlin zu einem friedlich verlaufenden Aufzug am 21.05.2011.

Nachdem Öcalan in Gesprächen mit seinen Verteidigern Anfang Februar 2011 gefordert hatte, dass die Kurden an den kommenden Parlamentswahlen als „Block der

---

<sup>9</sup> militärischer Arm der PKK



Demokratischen Nation“ teilnehmen sollten, wurde Anfang April 2011 auf einer Pressekonzferenz in Istanbul die Gründung des „Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ bekannt gegeben. Bei der Parlamentswahl am 12.06.2011 wurden 36 unabhängige Abgeordnete ins Parlament gewählt. Sechs der gewählten Abgeordneten der BDP waren zu diesem Zeitpunkt inhaftierte Angeklagte in einem Gerichtsverfahren. Aufgrund einer Gerichtsentscheidung, diese Abgeordneten nicht frei zu lassen, wurden die Parlamentssitzungen von den unabhängigen Abgeordneten bis 01.10.2011 blockiert.

Nach einem weiteren Angriff am 14.07.2011 in der Gegend von Silvan, Provinz Diyarbakir, drohte die HPG am 15.08.2011, dass jeder einzelne Angriff auf die Kurden einen Vergeltungsschlag zur Folge haben werde. Am 17.08.2011 kam es dann in der Provinz Hakkari zu einer Kommandoaktion der HPG, der u. a. neun türkische Soldaten zum Opfer fielen. Die türkische Regierung reagierte mit verstärkten Luftangriffen und Artilleriebeschuss. Hierbei sollen nach Angaben des türkischen Generalstabes 100 „Terroristen unwirksam“ gemacht worden sein. Diese Ereignisse bildeten den Hintergrund für erneute Proteste.

Vor dem Hintergrund der militärischen Auseinandersetzungen kam es in der Türkei zu verstärkten Festnahmen und Inhaftierungen von Kurden, welche der Unterstützung für die PKK verdächtigt wurden. Im zweiten Halbjahr wurden zudem auch Journalisten und die Anwälte Öcalans inhaftiert. Nachdem sich Öcalan am 27.07.2011 bei dem letzten Treffen mit seinen Anwälten von jeglichen Pflichten eines Führers lossagte, wurde diesen ein weiterer Zugang zu ihrem Mandanten verwehrt. Hierzu erklärte die KCK-Führung, dass die „Isolation unseres Führers ... der größte Angriff uns gegenüber“ sei.

Aufgrund von Aufrufen der Europaführung der PKK, auf das Schicksal Öcalans durch Protestaktionen zu reagieren, kam es vor allem in der zweiten Hälfte des Jahres 2011 zu zahlreichen medienwirksamen Aktionen in Deutschland und im benachbarten Ausland an Parteibüros und -zentralen, Radiosendern und Botschaften.

- In Berlin-Tiergarten verschafften sich am 14.10.2011 ca. 25 PKK-Sympathisanten Zugang zu den Räumlichkeiten der ProSieben-SAT1-Media

AG in Berlin-Tiergarten und brachten dort ihre Anliegen vor. Es kam zu keinen Straftaten

- Am 26.10.2011 drangen mehrere PKK-Sympathisanten in die CDU-Parteizentrale in Berlin-Tiergarten ein und skandierten „Freiheit für Öcalan“ und „Frieden in Kurdistan“.

Des Weiteren fanden Demonstrationen statt, die teilweise unfriedlich verliefen:

- Am 22.10.2011 fand in Berlin-Neukölln der Aufzug „Gesundheitszustand von Herrn Öcalan und Freiheit für Öcalan – Dialog für die politische Lösung der kurdischen Frage in Kurdistan“ statt. Dabei wurden wiederholt PKK-Fahnen und Öcalan-Bilder gezeigt. Es kam zu Auseinandersetzungen mit der Polizei durch Werfen von Gegenständen.
- Nachdem der für den 26.11.2011 angemeldete Aufzug „Demokratie stärken, PKK Verbot aufheben, Freiheit für A. Öcalan und Frieden in Kurdistan“ der „Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland e.V.“ (YEK-KOM) nebst Ersatzveranstaltung „Gegen das Verbot der Demonstration ‚PKK-Verbot aufheben – Demokratie stärken‘ – Demokratische Rechte verteidigen – Rassismus und Polizeiwillkür bekämpfen“ verboten worden war, meldete die linke Szene einen Aufzug „Gegen Faschismus und Rassismus – Staat und Nazis Hand in Hand?“ für den 26.11.2011 in Berlin-Kreuzberg an, um das Verbot des PKK-Aufzuges zu umgehen. Zahlreiche PKK-Sympathisanten aus dem gesamten Bundesgebiet waren nach Berlin gereist, um trotz des Verbotes zu demonstrieren. Nachdem sich der Aufzug in Bewegung gesetzt hatte, waren bereits erste Vermummungen festzustellen. Des Weiteren wurden zahlreiche PKK-Fahnen sowie Öcalan-Bilder gezeigt. Ein Wohnhaus, an dessen Fenstern mehrere türkische Fahnen angebracht waren, wurde massiv mit Steinen und Flaschen beworfen. Darüber hinaus kam es zu massiven Auseinandersetzungen mit eingesetzten Polizeibeamten, so dass der Aufzug vorzeitig beendet werden musste.

Darüber hinaus wurden themenbezogene Schriftzüge an verschiedene Objekte gesprüht und Transparente verbreitet, die auf das Schicksal Öcalans aufmerksam machen sollten.

Zum Ende des Jahres hin erreichten die Auseinandersetzungen eine weitere Eskalationsstufe. Bei militärischen Maßnahmen türkischer Luftstreitkräfte im Grenzgebiet zwischen dem Irak und der Türkei in der Nacht auf den 29.12.2011 sind nach Medienberichten mindestens 35 Zivilpersonen getötet worden.

## **5.1.2 Herausragende Ereignisse**

### Versuchter Mord

Am 11.02.2011 trafen die vier Täter ausländischer Herkunft im Eingangsbereich des U-Bahnhofes Berlin-Lichtenberg auf die beiden deutschen Staatsangehörigen. Diese wurden ohne Grund als „schieß Nazis“ bezeichnet. Weiterhin äußerten die Täter, dass sie Deutsche hassen würden und griffen beide Personen unmittelbar tötlich an. Während der Geschädigte O. fliehen konnte, wurde der Geschädigte R. durch Tritte derart verletzt, dass sein Leben nur durch eine Notoperation gerettet werden konnte. Während des Übergriffs wurden ihm alle Wertsachen entwendet. Anschließend begaben sich die Täter auf die Suche nach dem zuvor entkommenen Geschädigten O., spürten diesen in einer nahegelegenen Straße auf und traten nun ebenfalls auf diesen ein. Nur durch das Eingreifen eines Zeugen konnte verhindert werden, dass der Geschädigte O. ebenfalls massiv misshandelt wurde. Die Staatsanwaltschaft Berlin hat gegen die vier Täter Anklage wegen versuchten Mordes aus deutschenfeindlichen Gründen erhoben. Die Täter wurden schuldig gesprochen und Haftstrafen zwischen vier und sechs Jahren verhängt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

### Gefährliche Körperverletzung

Am 26.12.2011 vernahm der kurdisch-stämmige Geschädigte syrischer Herkunft ein Klopfen an seiner Wohnungstür. Auf seine Frage, wer dort sei, wurde ihm mit „Polizei! Wir wollen kontrollieren“ geantwortet. Nach Öffnen der Tür wurde der

Geschädigte von zwei unbekanntem Männern mit Schlagstöcken angegriffen. Die Tat erfolgte vollkommen wortlos. Nach Aussage des Geschädigten hätten sich die Angreifer, vom Aussehen her syrische Araber, nach ca. 5 Minuten entfernt.

Der Geschädigte ist Mitglied der Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ und Bürgerdeputierter der BVV Berlin-Mitte. In den vergangenen Monaten hatte er nach eigenen Angaben seine politischen Aktivitäten zur Unterstützung der syrischen Revolution speziell über das Internet verstärkt. Deshalb vermutete der Geschädigte, dass die Tat durch Angehörige des syrischen Geheimdienstes oder Anhänger des syrischen Präsidenten erfolgt sei. Nach der Tat setzte ein erhebliches Medieninteresse ein, ohne allerdings zu täterrelevanten Tatsachen zu führen. Die Ermittlungen dauern an.

#### Versuchte Brandstiftung mit Molotow-Cocktail

Unbekannte Täter warfen am 10.12.2011 einen Kleinpflasterstein und einen Molotow-Cocktail in Richtung der im 1. Obergeschoss befindlichen Räume des kurdischen Vereins „Deutsch-Mesopotamisches Bildungszentrum“ in Berlin-Kreuzberg. Der Brandsatz landete auf dem Vordach der im Erdgeschoss befindlichen Rossmann-Filiale und erlosch selbständig. Da es sich um ein Geschäftshaus handelte, waren zu keiner Zeit Menschenleben in Gefahr.

### **5.1.3 Prognose**

Als Reaktion auf die militärischen Maßnahmen türkischer Luftstreitkräfte am 29.12.2011 und vermutlich auch als Reaktion auf den versuchten Brandanschlag am 10.12.2011 in Berlin warfen unbekannte Täter am 03.01.2012 zwei Brandsätze in das Vereinslokal der „Türkischen Idealisten Gemeinschaft in Berlin“ (TÜB) in Berlin-Wedding. Zu der Tat bekannte sich die „Apoistische Jugend“ und stellte sie in den Begründungszusammenhang. Dieser Konflikt könnte sich weiter zuspitzen und somit vermehrt zu politisch motivierten Straftaten führen. Darüber hinaus hat in der Vergangenheit jede Verschärfung der Haftbedingungen oder die Verschlechterung des Gesundheitszustandes Abdullah Öcalans zu einer verstärkten Thematisierung in der

kurdischen Gemeinschaft geführt und wurde zur Begehung anlassbezogener Straftaten genutzt.

Des Weiteren bleibt abzuwarten, wie sich die politische Lage in den Ländern des „arabischen Frühlings“, vor allem aber in Syrien und auch dem Jemen, weiter entwickelt. Themenbezogene Demonstrationen sind in diesem Zusammenhang auch in Berlin zu erwarten.

## **5.2 Islamistischer Extremismus/Terrorismus**

### **5.2.1 Besondere Entwicklungen**

Anfang Juni 2011 veröffentlichte al-Qaida im Internet eine Videobotschaft, in der in bisher hier nicht bekannter Weise u. a. der sogenannte „individuelle Jihad“ als religiöse Pflicht propagiert wird. Es werden alle „wahren Muslime“ aufgefordert, in Abhängigkeit von verfügbaren Tatmitteln, sich bietender Tatgelegenheitsstrukturen und auch ohne zwingende Organisationsanbindung den „bewaffneten Kampf“ in ihren Heimat- bzw. Aufenthaltsländern, insbesondere in Westeuropa, zu führen.

Bereits seit dem Jahreswechsel 2010/2011 sind derartige Verlautbarungen der al-Qaida sowie ihr nahestehender und affiner Organisationen verstärkt zu verzeichnen, wonach vermehrt zur Begehung von terroristischen Einzelaktionen in westlichen bzw. europäischen Ländern aufgerufen wird.

Die in diesem Zusammenhang seit längerem bestehende erhöhte Gefahr der Selbstradikalisierung über das Internet hat sich aktuell in einem Fall in Berlin konkretisiert. Derzeit wird zwei Personen mit Migrationshintergrund die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gem. § 89a StGB vorgeworfen (vgl. hierzu auch „Herausragende Ermittlungsverfahren“).

Wie bereits im Jahr 2010 beschrieben, führte das LKA Berlin zum Teil in enger Kooperation mit dem Bundeskriminalamt Ermittlungen gegen eine mehrköpfige, jihadistisch orientierte Berliner Personengruppe. Deren Mitglieder waren unter

Missachtung bestehender Ausreiseverbote bzw. unter Verwendung falscher Identitätspapiere hauptsächlich ins afghanisch-pakistanische Grenzgebiet ausgereist, um sich teilweise in islamistischen terroristischen Lagern ausbilden zu lassen und/oder sich vor Ort jihadistischen Gruppierungen anzuschließen. Bei dem ausgereisten Personenkreis handelte es sich um deutsche Konvertiten, Ausländer und deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund sowie deren Ehefrauen.

Im Berichtsjahr 2011 konnten nun vermehrt Rückreisen der in den Jahren 2009/2010 ausgereisten Personen verzeichnet werden. So versuchte zum Jahreswechsel 2010/2011 u. a. ein Ehepaar gemeinsam über die Türkei nach Deutschland einzureisen, wurde jedoch in der Türkei festgenommen. Während die Ehefrau nach Deutschland abgeschoben wurde, da der internationale Haftbefehl aufgehoben wurde, befindet sich ihr Ehemann noch in türkischer Haft. Auch eine weitere Ehefrau, deren Ehemann vor Ort getötet wurde, kehrte im Laufe des Berichtsjahres nach Berlin zurück.

Im Bereich der Propagandatätigkeit islamistisch-jihadistischer Kreise in Berlin zeichnete sich 2011 ein neuer Trend ab. Erstmals erschien zum Jahreswechsel ein deutschsprachiges Naschid (arab.: Lied; hier: Kampflied), das von Denis C. alias Abu Malik (Abou Maleeq) alias Abu Talha al-Almani (Ex-Rapper Deso Dogg) vorgetragen und im Internet verbreitet wurde. Im Laufe des Jahres erschienen insgesamt zehn derartige Propagandalieder. Vor dem Hintergrund eines angeblich globalen Kampfes gegen den Islam thematisieren diese insbesondere den Aufruf zum Jihad als Glaubenspflicht für jeden Muslim. Bei den Liedern handelt es sich teilweise um Übersetzungen, es werden aber auch bekannte Melodien bereits veröffentlichter Naschids neu interpretiert. Die Audios bzw. Videos variieren in Qualität und Umfang und wurden über das gesamte Jahr erstellt und veröffentlicht.

Eine weitere neue Entwicklung, zumindest in Berlin, ist die Internetseite „Ansarul-Aseer“ (Unterstützer der Gefangenen), die zeitweise von Denis C. und Mohamed M. intensiv beworben wurde. Diese stellt eine Plattform zur Kontaktaufnahme mit inhaftierten Islamisten dar. Briefe bzw. Mails können über das Unterstützernetzwerk an die namentlich vorgestellten Inhaftierten geschrieben werden, die von den Betreibern

der Seite an diese weitergeleitet werden. Auf diesem Wege können bspw. Inhaftierte der sog. „Sauerlandzelle“ und auch die wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung im Ausland inhaftierten Filiz G. erreicht werden.

Mohamed M., österreichischer Staatsangehöriger, veröffentlichte im Jahr 2007 im Namen der „Globalen Islamischen Medienfront“ (GIMF) zwei Videos, in denen er Deutschland und Österreich aufgrund der militärischen Intervention in Afghanistan mit Anschlägen drohte. Nach Verbüßung einer Haftstrafe u. a. wegen öffentlicher Aufforderung zu terroristischen Straftaten sowie der Beteiligung an einer ausländischen terroristischen Vereinigung (al-Qaida) und Anführung einer terroristischen Vereinigung (GIMF) ließ er sich im Herbst 2011 für kurze Zeit in Berlin nieder.

## **5.2.2 Herausragende Ereignisse mit Islamismus-Bezug**

### Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat

Dem LKA Berlin wurde bekannt, dass der Berliner Islamist Hani N. eine größere Menge Schwefelsäure und zusätzlich rund 100 Kältekompressen bestellt hat, deren Hauptbestandteil (Ammoniumnitrat) ebenso wie Schwefelsäure zum Bau von Sprengstoffen geeignet ist. Daraufhin leitete das LKA Berlin ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Vorbereitung einer staatsgefährdenden Gewalttat nach § 89a StGB zunächst gegen N. und später gegen einen weiteren Islamisten, Samir M., ein. Weitere Ermittlungen ergaben, dass sich N. zunehmend mit den theoretischen Grundlagen zur Herstellung von Sprengstoffen befasste und sich entsprechende Anleitungen verschafft hatte. Im Ergebnis wurde beim LKA Berlin die Besondere Aufbauorganisation (BAO) „Regenschauer“ eingerichtet und der Beschuldigte N. observiert.

Am 08.09.2011 wurden aufgrund richterlicher Beschlüsse die Wohnungen der Beschuldigten und eine von beiden regelmäßig frequentierte Moschee in Berlin-Wedding durchsucht. In der Wohnung des N. konnten neben zahlreichen Datenträgern (die beim zweiten Beschuldigten und in der Moschee ebenfalls beschlagnahmt wurden) auch chemische Grundstoffe, die für die Herstellung von Sprengstoffen ge-

eignet sind, aufgefunden werden. Der Ermittlungsrichter beim Amtsgericht Tiergarten erließ gegen beide am 09.09.2011 Untersuchungshaftbefehl.

Entgegen der Beschlüsse des Amtsgerichts Tiergarten und des in der Sache ebenfalls angerufenen Landgerichts Berlin hob das Kammergericht Berlin mit seiner Entscheidung vom 26.10.2011 die Haftbefehle wegen fehlenden dringenden Tatverdachts auf. Die Ermittlungen dauern an.

#### Versuchter Mord an einem Islamkritiker

Am Morgen des 13.10.2011 wurde der Geschädigte in Berlin-Mariendorf durch ein Fahrzeug überholt und zum Halten aufgefordert. Nach dem Anhalten gab der Beifahrer dieses Fahrzeugs mindestens drei Schüsse vermutlich aus einem später geborgenen Kleinkaliberrevolver auf das Fahrzeug des Geschädigten ab. Ein Schuss beschädigte die Frontscheibe in Kopfhöhe, durchschlug sie jedoch nicht. Die Täter flüchteten mit ihrem Fahrzeug. Der Geschädigte hatte bereits im Vorfeld der Tat mehrfach Drohanrufe und Drohbriefe erhalten, die zum Teil auch Gegenstand polizeilicher Ermittlungen waren. Grundlage für die Todesdrohungen und letztlich auch für den in Rede stehenden Mordanschlag ist offenbar die Publikation eines islamkritischen Buches des Geschädigten im Oktober 2010 mit dem Titel: „War's Allahs oder das Wort eines Mannes“. In diesem äußert sich der Geschädigte kritisch über die Traditionen des Islam und den Koran. Im Rahmen der weiterhin andauernden Ermittlungen konnte bislang kein Tatverdächtiger ermittelt werden.

#### Gefährliche Körperverletzung durch Anwendung von Reizgas

Die deutsche Geschädigte, ihr libanesischer Begleiter und der deutsch-libanesischer Täter befanden sich in einer Berliner U-Bahn. Die Bitte des Begleiters der Geschädigten, die Sachen vom Sitz zu nehmen, verneinte der Täter. Dann äußerte er, dass er die Verhaltensweise des Paares nicht gut finden würde, da diese sich in der Öffentlichkeit umarmen und auf den Mund küssen. Dies wäre im Islam verboten. Am U-Bahnhof Hermannplatz in Berlin-Neukölln verließ das Paar die U-Bahn und begab sich in Richtung Sonnenallee. Der Täter folgte ihnen, stellte sich an einer Kreuzung



plötzlich vor die Geschädigte und sprühte ihr zweimal Reizgas ins Gesicht. Die Geschädigte verspürte sofort Schmerzen und konnte kurze Zeit nichts sehen.

### **5.2.3 Prognose**

Die Gefährdung deutscher Interessen durch den islamistischen Terrorismus hält an. Das zeigt sich insbesondere in der Gefahr, die von den teilweise in Pakistan/Afghanistan ausgebildeten Rückkehrern ausgeht. Darüber hinaus muss weiterhin davon ausgegangen werden, dass sich in Deutschland wohnhafte Personen in jihadistische Ausbildungslager im Ausland begeben. Hier dürften vor allem Propagandaaktionen, wie bspw. die von Denis C. und Mohamed M. sowie medienwirksame Veröffentlichungen dazu geeignet sein, noch unentschlossene Personen der islamistischen-jihadistischen Szene bzw. Selbstradikalisierte in ihren jeweiligen Vorhaben zu bestärken. Viele dieser Propagandaaktionen scheinen dabei insbesondere an Jugendliche bzw. junge Erwachsene adressiert zu sein.

Losgelöst davon sind Taten von radikalisierten Einzeltätern ohne Organisationsanbindung in Betracht zu ziehen, die von Propagandaten über Gewaltdelikte bis hin zu (terroristischen) Anschlägen reichen können.

## **5.3 Aktivitäten fremder Nachrichtendienste**

Über die Jahre wurden eine Vielzahl von Aktivitäten gegnerischer Nachrichtendienste im Rahmen kriminalpolizeilicher Ermittlungen verschiedener Landeskriminalämter und des BKA festgestellt, die das Stadtgebiet Berlin als temporären Ort von Treffen oder Informationsübergaben betrafen sowie die andauernde Beobachtung hier lebender oppositioneller Gruppen zum Ziel haben.

Die dem LKA Berlin von der Bundesanwaltschaft zugewiesenen Bearbeitungsaufträge betrafen auch im Jahr 2011 überwiegend regimekritische Gruppierungen aus dem afrikanischen und vorderasiatischen Bereich, die im Blickfeld heimatlicher Geheimdienste standen.

## 6 Sonstige/Nicht zuzuordnen

### 6.1 Besondere Entwicklungen

Nachfolgend werden Entwicklungen aufgezeigt, die bereits unter Punkt 4 „Politisch motivierte Kriminalität – links“ thematisiert wurden. Diese Themen wurden im Berichtsjahr nicht nur durch die linke Szene, sondern auch durch unterschiedliche gesellschaftliche Schichten aufgegriffen.

#### 6.1.1 Anti-Atom

Durch das schwere Erdbeben und den folgenden Tsunami am 11. März 2011 erlangte die bislang politisch eher linksgeprägte Protestbewegung Unterstützung durch ein breites Bündnis gesellschaftlicher Gruppierungen, die nun gemeinsam einen sofortigen Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie fordern.

In Berlin fanden vermehrt Versammlungen mit bis zu 1200 Personen und ohne Störungen statt. Neben teilweise spontanen Kundgebungen und Aufzügen wurden auch Mahnwachen abgehalten. Die Versammlungen wurden größtenteils aus dem bürgerlichen und parteipolitischen Spektrum organisiert und unterstützt.

An der bislang größten Demonstration am 26.03.2011 in Berlin beteiligten sich bis zu 100.000 Teilnehmer, die sich u.a. aus den Gruppierungen „Greenpeace“, „Naturfreunde e.V.“, „Bündnis 90/Die Grünen“, „Solar Drums“, „Bürgerliche Anti-Atom-Bewegung“, Attac und „Die Linke“ zusammen setzten.

#### 6.1.2 Bildung

Seit 2009 organisieren Bündnisse von Studierenden, Schülern, Gewerkschaften, Parteien und weiteren gesellschaftlichen Gruppen regelmäßig sogenannte Schüler- bzw. Bildungstreiks. Dabei verliefen die Proteste mit bis zu 12.000 Teilnehmern

nicht immer friedlich. In der Vergangenheit kam es u. a. zu Widerständen, Körperverletzungsdelikten und zu vereinzelt Landfriedensbrüchen.

### **6.1.3 Papstbesuch**

Der offizielle Besuch von Papst Benedikt XVI. vom 22.09.2011 – 23.09.2011 in Berlin führte in allen gesellschaftlichen Schichten zur Thematisierung in unterschiedlichen Formen. Einige Positionen und Einstellungen der katholischen Kirche stoßen bei denen auf Ablehnung, die für die aus ihrer Sicht „rückständige“ Politik des einflussreichen Vatikans kein Verständnis haben. Als höchste Autorität der katholischen Kirche wird der Papst u. a. mit den Reizthemen „radikale Reformen in der katholischen Kirche, „Umgang mit dem sexuellen Missbrauch von Kindern“ und „Missachtung der Rechte von Frauen“ in Verbindung gebracht. Vor allem nach den Enthüllungen über die weltweiten Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche reichten die Reaktionen in der Bevölkerung von Ernüchterung, Verachtung, Häme und Spott bis hin zu Aggression. Papst Benedikt XVI. zeigte sich beschämt. Er traf sich in mehreren Ländern, so auch während seines Besuches dieses Jahr in Deutschland, mit Missbrauchsoffern und legte gegenüber Tätern eine Null-Toleranz-Linie fest.

Durch den Berliner CSD e.V. sowie den „Lesben- und Schwulenverband Berlin-Brandenburg e.V. (LSVD) wurde unter dem Motto „Der Papst kommt“ eine Großdemonstration durchgeführt. Diese richtete sich gegen die menschenfeindliche Geschlechter- und Sexualpolitik des Papstes.

### **6.1.4 Occupy Berlin**

Ausgehend von der Occupy-Bewegung in der New Yorker Wallstreet versammelten sich auch in Berlin über einen längeren Zeitraum hinweg immer wieder Menschen, um gegen die Finanzpolitik der Großbanken zu protestieren. Die Bewegung Occupy Berlin begann am 15.10.2011 mit einer Großdemonstration mit ca. 3000 Teilnehmern, die sich aus Personen unterschiedlichster gesellschaftlicher Schichten zusammensetzen. Vor allem im Oktober und November versammelten sich immer

wieder Menschen auf der Grünfläche vor dem Reichstagsgebäude, zeigten themenbezogene Plakate und Transparente und diskutierten. Daran nahmen nicht nur Berliner Bürger, sondern auch interessierte Touristen teil. Höhepunkt war die Besetzung des Bundespressestandes am Kapelleufer, welche bis 06.01.2012 geduldet wurde. Am 09.01.2012 erfolgte die Räumung, die ohne größere Zwischenfälle durchgeführt wurde.

Im Rahmen der Bewegung Occupy Berlin fanden zahlreiche Demonstrationen und Kundgebungen statt.

- Am 15.10.2011 nahmen ca. 3500 Personen an der Demonstration „Globalchance“ im Rahmen eines europaweiten Occupy-Aktionstages teil. Vor Erreichen des Endplatzes verließen ca. 300 Versammlungsteilnehmer die Wegstrecke und versuchten, die Absperrung vor dem Reichstagsgebäude zu überlaufen. Dabei kam es zu Auseinandersetzungen mit Polizeibeamten. Einige Teilnehmer hatten sich vermurmt.

### **6.1.5 Hasskriminalität gegen die sexuelle Orientierung**

Das Fallaufkommen der politisch motivierten Straftaten gegen die sexuelle Orientierung ist im Jahr 2011 gesunken. Jedoch ist von einem hohen Dunkelfeld auszugehen, so dass die Fallzahlen nur einen Ausschnitt der Realität zeigen. Nach wie vor werden LSBT<sup>10</sup>-Personen wegen ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identität Opfer von Diskriminierung und Gewalt.

- Am 28.08.2011 wurden zwei lesbische Frauen in der S-Bahn von einem Mann lesbenfeindlich beschimpft. Der Täter schlug eine der Frauen mit dem Kopf gegen eine Haltestange und stieß sie im S-Bahnhof Feuerbachstr. in Berlin-Steglitz aus dem Zug.
- Der Geschädigte wurde am 06.11.2011 während einer Geburtstagsfeier in Berlin-Friedrichshain tätlich angegriffen. Der 25-jährige männliche Tatverdäch-

---

<sup>10</sup> Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender

tige beleidigte ihn aufgrund seiner sexuellen Orientierung und versetzte dem am Boden sitzenden Geschädigten einen Kniestoß gegen den Kopf, woraufhin dieser zu Boden ging. Dann trat der Tatverdächtige mehrfach gegen den Kopf des Geschädigten.

## 6.2 Prognose

Themen, wie „Anti-Atom“, Bildungspolitik oder auch Rechtsextremismus werden vermehrt von Personen auch aus dem bürgerlichen Spektrum aufgegriffen und führen anlassbezogen zu politisch motivierten Straftaten. Darüber hinaus werden politische Entscheidungen des neuen Senats kritisch betrachtet und führen zu zum Teil auch unangemeldeten Protesten in der Bevölkerung.

Aufgrund der politisch motivierten Straftaten im Wahljahr 2011, die zum Teil keinem der drei Phänomenbereiche zugeordnet werden konnten, ist für 2012 wieder ein Rückgang des Fallaufkommens zu erwarten.

## 7 Anhang

### 7.1 Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität

#### 7.1.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK

	2007	2008	2009	2010	2011
<b>PMK</b>	2874	2679	3180	2441	3267
↳ geklärt	903	873	1212	856	1085
Aufklärungsquote	31%	33%	38%	35%	33%
↳ <b>Gewaltdelikte</b>	322	305	563	308	581
↳ geklärt	121	122	217	126	225
Aufklärungsquote	38%	40%	39%	41%	39%

Fallaufkommen PMK im Fünfjahresvergleich

#### 7.1.2 Tatverdächtige PMK

	2007	2008	2009	2010	2011
<b>PMK</b>	1455	1283	1908	1109	1655
↳ <b>männlich</b>	1275	1104	1628	960	1373
↳ <b>weiblich</b>	180	179	280	149	282
↳ <b>Gewaltdelikte</b>	364	234	346	190	374
↳ männlich	312	205	308	167	334
↳ weiblich	52	29	38	23	40

Anzahl der Tatverdächtigen PMK nach Geschlecht im Fünfjahresvergleich

### 7.1.3 Fallaufkommen PMK im Unterthema „sexuelle Orientierung“

#### Gesamtfallaufkommen im Unterthema „sexuelle Orientierung“

	2007	2008	2009	2010	2011
<b>PMK</b>	52	67	97	111	92
↳ geklärt	24	27	42	45	30
Aufklärungsquote	46%	40%	43%	41%	33%
↳ <b>Gewaltdelikte</b>	23	26	39	47	34
↳ geklärt	8	10	15	15	6
Aufklärungsquote	35%	38%	38%	32%	18%

Fallaufkommen PMK "sexuelle Orientierung" im Fünfjahresvergleich

#### Fallaufkommen in den Bezirken im Unterthema „sexuelle Orientierung“

	PMK		↳ Gewaltdelikte	
	2010	2011	2010	2011
Charlottenburg-Wilmersdorf	9	5	2	3
Friedrichshain-Kreuzberg	12	27	10	13
Lichtenberg	6	1	5	0
Marzahn-Hellersdorf	3	4	0	0
Mitte	28	23	10	9
Neukölln	5	3	1	1
Pankow	11	6	4	2
Reinickendorf	2	1	0	1
Spandau	0	0	0	0
Steglitz-Zehlendorf	1	1	0	1
Tempelhof-Schöneberg	33	18	14	4
Treptow-Köpenick	1	3	1	0
<b>Berlin gesamt</b>	<b>111</b>	<b>92</b>	<b>47</b>	<b>34</b>

Fallzahlen "sexuelle Orientierung" in den Bezirken im direkten Jahresvergleich

**Tatverdächtige zum Fallaufkommen im Unterthema „sexuelle Orientierung“**

	<b>2007</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>	<b>2011</b>
<b>PMK</b>	33	29	62	56	33
↪ männlich	32	28	50	49	28
↪ weiblich	1	1	12	7	5
↪ <b>Gewaltdelikte</b>	12	12	25	20	6
↪ männlich	12	12	24	20	6
↪ weiblich	0	0	1	0	0

**Tatverdächtige zum Fallaufkommen im Unterthema „sexuelle Orientierung“ im Fünfjahresvergleich**



## 7.2 Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität - rechts

### 7.2.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK – rechts

	2007	2008	2009	2010	2011
PMK - rechts	1472	1411	1276	1137	1157
↳ geklärt	397	381	429	316	295
Aufklärungsquote	27%	27%	34%	28%	25%
↳ Gewaltdelikte	74	92	65	27	61
↳ geklärt	39	58	29	11	29
Aufklärungsquote	53%	63%	45%	41%	48%

Fallaufkommen PMK - rechts im Fünfjahresvergleich

### 7.2.2 Betrachtung ausgewählter Themenfelder PMK – rechts

	2010	2011	Trend
PMK - rechts	1137	1157	2%
↳ antisemitisch	132	112	-15%
↳ fremdenfeindlich	209	257	23%
↳ gegen links	88	91	3%
↳ Gewaltdelikte	27	61	126%
↳ antisemitisch	1	1	0%
↳ fremdenfeindlich	14	30	114%
↳ gegen links	5	24	380%

Fallaufkommen in ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen  
PMK - rechts im direkten Jahresvergleich

### 7.2.3 Fallaufkommen PMK – rechts in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte

Deliktsbereich	2010	2011
Brandstiftung	2	7
Körperverletzung	23	47
Landfriedensbruch	1	4
Tötungsdelikte	0	1
Widerstandsdelikte	1	2
<b>Gewaltdelikte</b>	<b>27</b>	<b>61</b>

Fallaufkommen PMK - rechts in den Deliktsbereichen der Gewaltkriminalität  
im direkten Jahresvergleich

### 7.2.4 Betrachtung des Fallaufkommens PMK – rechts in den Bezirken

	PMK - rechts		↘ Gewaltdelikte	
	2010	2011	2010	2011
Charlottenburg-Wilmersdorf	87	88	4	3
Friedrichshain-Kreuzberg	103	110	2	11
Lichtenberg	86	138	3	7
Marzahn-Hellersdorf	90	71	3	0
Mitte	191	164	6	9
Neukölln	136	117	3	10
Pankow	109	112	1	6
Reinickendorf	67	52	3	0
Spandau	45	43	0	2
Steglitz-Zehlendorf	35	57	0	3
Tempelhof-Schöneberg	81	89	0	2
Treptow-Köpenick	107	116	2	8
<b>Berlin gesamt</b>	<b>1137</b>	<b>1157</b>	<b>27</b>	<b>61</b>

Fallaufkommen PMK - rechts in den Bezirken im direkten Jahresvergleich

### 7.2.5 Tatverdächtige PMK – rechts

	2007	2008	2009	2010	2011
PMK - rechts	562	516	567	369	371
↪ männlich	526	477	530	343	343
↪ weiblich	36	39	37	26	28
↪ <b>Gewaltdelikte</b>	101	88	44	11	49
↪ männlich	94	81	39	10	48
↪ weiblich	7	7	5	1	1

Anzahl der Tatverdächtigen PMK - rechts im Fünfjahresvergleich

### 7.2.6 Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK – rechts

	PMK - rechts		Gewaltdelikte	
	2010	2011	2010	2011
Einzeltäter	272	250	10	21
2 Täter	21	20	0	4
3 - 5 Täter	9	11	0	2
6 - 10 Täter	7	2	0	1
über 10 Täter	1	3	1	1
unbekannt	6	9	0	0
<b>Anzahl geklärt</b>	<b>316</b>	<b>295</b>	<b>11</b>	<b>29</b>

Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK - rechts bezogen auf die Anzahl der aufgeklärten Fälle

### 7.2.7 Opfer von Gewaltdelikten PMK – rechts

	2010	2011
männlich	18	39
weiblich	3	11
unbekannt	1	2
<b>Gesamt</b>	<b>22</b>	<b>52</b>

Opfer von Gewaltdelikten der PMK - rechts nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

## 7.3 Fallzahlen Politisch motivierte Kriminalität – links

### 7.3.1 Entwicklung der Fallzahlen PMK – links

	2007	2008	2009	2010	2011
PMK - links	736	691	1301	822	1345
↳ geklärt	146	148	419	236	415
Aufklärungsquote	20%	21%	32%	29%	31%
↳ Gewaltdelikte	187	171	418	208	397
↳ geklärt	49	43	148	89	150
Aufklärungsquote	26%	25%	35%	43%	38%

Fallaufkommen PMK - links nach Deliktsarten im Fünfjahresvergleich

### 7.3.2 Betrachtung ausgewählter Themenfelder PMK – links

	2010	2011	Trend
PMK - links	822	1345	64%
↳ gegen rechts	208	338	63%
↳ Polizei	212	309	46%
↳ Umstrukturierung	156	553	254%
Gewaltdelikte	208	397	91%
↳ gegen rechts	44	83	89%
↳ Polizei	130	202	55%
↳ Umstrukturierung	34	153	350%

Fallaufkommen in ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen  
PMK - links im direkten Jahresvergleich

### 7.3.3 Fallaufkommen PMK – links in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte

Deliktsbereich	2010	2011
Brandstiftung	50	109
Körperverletzung	55	106
Landfriedensbruch	49	115
Raub	0	3
Tötungsdelikte	2	2
Verkehrsgefährdungen	7	12
Widerstandsdelikte	45	50
<b>Gewaltdelikte</b>	<b>208</b>	<b>397</b>

Fallaufkommen PMK - links in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte  
im direkten Jahresvergleich

### 7.3.4 Betrachtung des Fallaufkommens PMK – links in den Bezirken

	PMK - links		↪ Gewaltdelikte	
	2010	2011	2010	2011
Charlottenburg-Wilmersdorf	29	21	5	9
Friedrichshain-Kreuzberg	274	595	88	230
Lichtenberg	18	51	5	12
Marzahn-Hellersdorf	13	10	1	2
Mitte	155	250	34	67
Neukölln	92	151	20	30
Pankow	124	104	36	21
Reinickendorf	10	9	3	1
Spandau	12	14	0	1
Steglitz-Zehlendorf	23	26	2	5
Tempelhof-Schöneberg	35	70	10	10
Treptow-Köpenick	37	44	4	9
<b>Berlin gesamt</b>	<b>822</b>	<b>1345</b>	<b>208</b>	<b>397</b>

Fallaufkommen PMK - links in den Bezirken nach Deliktsart im direkten Jahresvergleich

### 7.3.5 Tatverdächtige PMK – links

	2007	2008	2009	2010	2011
PMK - links	389	331	844	397	765
↪ männlich	288	237	665	314	571
↪ weiblich	101	94	179	83	194
↪ Gewaltdelikte	184	87	240	145	237
↪ männlich	141	68	209	124	202
↪ weiblich	43	19	31	21	35

Anzahl der Tatverdächtigen PMK - links nach Geschlecht im Fünfjahresvergleich

### 7.3.6 Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK – links

	PMK - links		↪ Gewaltdelikte	
	2010	2011	2010	2011
Einzeltäter	177	294	61	86
2 Täter	14	31	4	3
3 - 5 Täter	12	16	3	6
6 - 10 Täter	4	8	1	2
über 10 Täter	26	62	19	51
unbekannt	3	4	1	2
<b>Anzahl geklärt</b>	<b>236</b>	<b>415</b>	<b>89</b>	<b>150</b>

Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PMK - links bezogen auf die Anzahl der aufgeklärten Fälle

### 7.3.7 Opfer von Gewaltdelikten PMK – links

	2010	2011
männlich	35	76
weiblich	5	3
unbekannt	1	1
<b>Gesamt</b>	<b>41</b>	<b>80</b>

Opfer von Gewaltdelikten der PMK - links nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

## 7.4 Fallzahlen Politisch motivierte Ausländerkriminalität

### 7.4.1 Entwicklung der Fallzahlen PM-Ausländerkriminalität

	2007	2008	2009	2010	2011
PM-Ausländer.	147	136	199	98	255
↳ geklärt	86	69	143	69	125
Aufklärungsquote	59%	51%	72%	70%	49%
Gewaltdelikte	34	22	45	25	78
↳ geklärt	22	13	28	10	36
Aufklärungsquote	65%	59%	62%	40%	46%

Fallaufkommen PM-Ausländerkriminalität im Fünfjahresvergleich

### 7.4.2 Betrachtung ausgewählter Themenfelder PM-Ausländerkriminalität

	2010	2011	Trend
PM-Ausländerkriminalität	98	255	160%
↳ Islam./Fundamentalismus	27	18	-33%
↳ Krisenherde/Bürgerkriege	5	24	380%
↳ PKK/Kurdenproblematik	14	123	779%
↳ Gewaltdelikte	25	78	212%
↳ Islam./Fundamentalismus	0	3	- / -
↳ Krisenherde/Bürgerkriege	2	6	200%
↳ PKK/Kurdenproblematik	3	44	1367%

Fallaufkommen in ausgewählten Themenfeldern und Unterthemen  
PM-Ausländerkriminalität im direkten Jahresvergleich

### 7.4.3 Fallaufkommen PM-Ausländerkriminalität in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte

Deliktsbereich	2010	2011
Brandstiftung	1	1
Erpressung	1	1
Freiheitsberaubung	1	1
Körperverletzung	15	41
Landfriedensbruch	2	26
Raub	1	2
Tötungsdelikte	0	2
Widerstandsdelikte	4	4
<b>Gewaltdelikte</b>	<b>25</b>	<b>78</b>

Fallaufkommen PM-Ausl. in den Deliktsbereichen der Gewaltdelikte im direkten Jahresvergleich

### 7.4.4 Betrachtung des Fallaufkommens PM-Ausländerkriminalität in den Bezirken

	PM-Ausländerkrim.		↙ Gewaltdelikte	
	2010	2011	2010	2011
Charlottenburg-Wilmersdorf	5	15	1	2
Friedrichshain-Kreuzberg	14	72	6	21
Lichtenberg	2	6	0	3
Marzahn-Hellersdorf	0	0	0	0
Mitte	28	98	6	39
Neukölln	9	17	2	5
Pankow	3	4	1	1
Reinickendorf	2	1	0	0
Spandau	0	4	0	1
Steglitz-Zehlendorf	11	17	4	2
Tempelhof-Schöneberg	23	21	5	4
Treptow-Köpenick	1	0	0	0
<b>Berlin gesamt</b>	<b>98</b>	<b>255</b>	<b>25</b>	<b>78</b>

Fallaufkommen PM-Ausländerkrim. in den Bezirken im direkten Jahresvergleich



#### 7.4.5 Tatverdächtige der PM-Ausländerkriminalität

	2007	2008	2009	2010	2011
PM-Ausl.	191	115	219	84	189
♂ männlich	182	105	194	72	173
♀ weiblich	9	10	25	12	16
Gewaltdelikte	65	47	40	13	71
♂ männlich	63	45	38	12	69
♀ weiblich	2	2	2	1	2

Anzahl der Tatverdächtigen PM-Ausländerkriminalität im Fünfjahresvergleich

#### 7.4.6 Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PM-Ausländerkriminalität

	PM-Ausl.		Gewaltdelikte	
	2010	2011	2010	2011
Einzeltäter	54	102	8	25
2 Täter	5	7	1	2
3 - 5 Täter	4	6	0	3
6 - 10 Täter	0	3	0	0
über 10 Täter	4	7	1	6
unbekannt	2	0	0	0
<b>Anzahl geklärt</b>	<b>69</b>	<b>125</b>	<b>10</b>	<b>36</b>

Gruppenstruktur der Tatverdächtigen PM-Ausländerkrim. bezogen auf die Anzahl der aufgeklärten Fälle

#### 7.4.7 Opfer von Gewaltdelikten PM-Ausländerkriminalität

	2010	2011
männlich	22	33
weiblich	3	5
unbekannt	0	2
<b>Gesamt</b>	<b>25</b>	<b>40</b>

Opfer von Gewaltdelikten der PM-Ausl. nach Geschlecht im direkten Jahresvergleich

## 7.5 Fallzahlen Sonstige/Nicht zuzuordnen

	2007	2008	2009	2010	2011
PMK Sonstige	177	155	221	186	320
↳ geklärt	56	55	63	66	89
Aufklärungsquote	32%	35%	29%	35%	28%
↳ Gewaltdelikte	27	20	35	48	46
↳ geklärt	11	8	12	16	11
Aufklärungsquote	41%	40%	34%	33%	24%
ST ohne PM*	342	286	183	198	190
↳ geklärt	218	220	158	169	162
Aufklärungsquote	64%	77%	86%	85%	85%
<b>Bereich Sonstige/Nicht zuzuordnen</b>					
<b>Gesamt</b>	<b>519</b>	<b>441</b>	<b>404</b>	<b>384</b>	<b>510</b>
↳ geklärt	274	275	221	235	251
Aufklärungsquote	53%	62%	55%	61%	49%

### Fallaufkommen Sonstige/Nicht zuzuordnen im Fünfjahresvergleich

\* Staatsschutzkriminalität ohne explizite politische Motivation